

### 3 Vernehmung des Zeugen Hans-Jürgen Henrich

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Meine Damen und Herren, wir setzen unsere 4. Sitzung mit der Befragung des Zeugen Hans-Jürgen Henrich fort. - Herr Henrich, wir haben Sie heute als Zeugen in den *Parlamentarischen* Untersuchungsausschuss geladen. Ich freue mich, dass Sie gekommen sind, und bedanke mich schon einmal vorab sehr herzlich für Ihr Erscheinen.

Bevor wir mit Ihrer Befragung beginnen, bin ich gehalten, Sie zu belehren.

Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und *vollständig* sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wenn Sie vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich vorsätzlich falsch aussagen, können Sie mit einer Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren strafrechtlich belangt werden.

Sie sind berechtigt, Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, durch deren wahrheitsgemäße Beantwortung Sie sich selbst oder einen nahen Familienangehörigen der Gefahr der Strafverfolgung oder der Gefahr der Verfolgung wegen einer Ordnungswidrigkeit aussetzen würden.

Das ist angekommen. Wie ich sehe, haben Sie es so weit verstanden.

Der Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat mir mit Schreiben vom 21. Oktober 2009 mitgeteilt, dass er Herrn Henrich eine Genehmigung zur Zeugenaussage vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss erteilt hat.

Ich denke, wir können auch hier auf eine Verlesung der Aussagegenehmigung verzichten.

Herr Henrich, ich möchte Sie jedoch darauf aufmerksam machen, dass Sie nicht verpflichtet sind, über Vorgänge zu berichten, die über die Ihnen erteilte Genehmigung zur Aussage hinausgehen.

Falls Sie zu anderen komplexen Aussagen machen wollen, müssen Sie das auf Ihre eigene Verantwortung hin tun.

Möglicherweise haben Sie sich zur Vorbereitung der heutigen Sitzung noch einmal Akten angeschaut und noch einmal ein paar Vorgänge durchgesehen. In diesem Fall dürfte ich Sie bitten, wenn Sie gleich eine Aussage machen, jeweils darauf hinzuweisen, ob das noch Ihre alte Erinnerung war oder ob sie auf dem möglicherweise durchgeführten nochmaligen Aktenstudium beruht.

Ich darf Sie nun zunächst zur Person befragen. Sie heißen mit Vornamen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Hans-Jürgen.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Hans-Jürgen. - Wie alt sind Sie in vollen Jahren?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** 59.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Und von Beruf?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Jurist.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Ihr Dienstort?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Mein Dienstort ist Düsseldorf.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Düsseldorf. - Nach den Fragen zur Person kommen wir zur Befragung in der Sache. Herr Henrich, können Sie uns bitte zunächst einmal vorab Ihren beruflichen Werdegang kurz gerafft darstellen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Meinen beruflichen Werdegang?

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Ja, nicht mit Volksschulzeugnis oder Grundschulabschluss, sondern ...

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ach, das ist schade.

(Heiterkeit)

Nachdem ich mein Abitur - soll ich damit anfangen? - hatte, war ich zunächst einmal vier Jahre in der freien Wirtschaft bei einer Leasinggesellschaft. Anschließend wechselte ich in den Bereich des Innenministeriums, fing also 1980 beim Regierungspräsidenten in Münster an und durchlief dort mehrere Stationen - der berühmte Durchlauferhitzer. Nachdem ich dann ein festes Dezernat in der Schulabteilung bekommen hatte, habe ich dort vier Jahre lang Grund- und Hauptschullehrer betreuen dürfen. Anschließend habe ich das Feuchtwiesenschutzprogramm des Landes NRW bei der Bezirksregierung in Münster drei Jahre lang durchgeführt. Von dieser Position aus bin ich dann in das Landesumweltamt gewechselt. Damals hieß die Institution noch LIS, also Landesanstalt für Immissionsschutz. Dort war ich zuständiger Gruppenleiter für die Verwaltung. Von dort aus bin ich in den 90er-Jahren ins MUNLV gewechselt und habe dort die Arbeit vollzogen, die Herr Dr. Günther jetzt macht - sprich: Justizariat. Anschließend bin ich von dieser Position aus wiederum zum Landesumweltamt gewechselt, in die Position Abteilungsleiter Z. Und seit gut dreieinhalb Jahren habe ich den jetzigen Job - sprich: Abteilungsleiter Z im MUNLV.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Was ist das genaue Datum, seit dem Sie diese Funktion als Abteilungsleiter ausüben?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Im MUNLV?

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Ja. Abteilungsleiter I meine ich jetzt.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich bin am 1. Mai 2006 abgeordnet worden, und am 1. Juni 2006 bin ich dann versetzt worden - ins MUNLV.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Vielen Dank. - Welche Aufgaben nehmen Sie jetzt im Rahmen Ihrer Tätigkeit als Abteilungsleiter I im MUNLV wahr?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Das ist ein ganz normaler Abteilungsleiter-Z-Bereich. Sprich: Ich bin dort zuständig für Personal, Organisation, innerer Dienst, Finanzen.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Gut. - Herr Henrich, Sie sollen heute befragt werden zu dem Untersuchungsgegenstand dieses Ausschusses, wie er sich nach Ziffer III a) bis d) des Einsetzungsbeschlusses vom 25. Juni 2009 darstellt. Deswegen folgende Frage: Können Sie uns bitte schildern, welche Umstände der Freistellung des ehemaligen Leiters der Abteilung IV des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Herrn Dr. Harald Friedrich, vom Dienst am 16. Juni 2006 und seiner nachfolgenden Kündigung zugrunde lagen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich habe ja gesagt, dass ich zum 01.05.2006 ins Ministerium gekommen bin. Da war die Geschichte quasi schon gelaufen. Das Ganze hatte ja eine Vorgeschichte gehabt, die Ihnen bekannt ist - sprich: der Fall MAPRO mit den entsprechenden Rügen des Landesrechnungshofes. Da gab es ja Hinweise, dass Vergabemissstände im MUNLV vorhanden gewesen sind. Daraufhin hatte sich der Landesrechnungshof dieser Sache angenommen und das MUNLV befragt, wie es denn tatsächlich wäre. Herr Dr. Friedrich hat dann offensichtlich diese Anfrage beantwortet, obwohl er nicht dafür zuständig war. Das waren also alles schon Geschichten, die abgewickelt waren, bevor ich ins MUNLV kam. Ich kam dann ins MUNLV, als die Entscheidung anstand, ihn freizustellen.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Daran schließt sich gleich eine Nachfrage an. Wer hat denn die Sachen vorher abgewickelt? Sie sagen ja, dass sie quasi schon abgewickelt waren.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Entweder mein Vorgänger oder aber ein Mitarbeiter von mir, Herr Dr. Günther. Herr Dr. Günther hatte, als ich ins MUNLV kam, bereits die *entsprechenden Vorermittlungen geführt und führte sie dann auch eigenverantwortlich* weiter. Das heißt: Ich war in dieser Sache zu dem damaligen Zeitpunkt nicht involviert.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Wann und durch wen haben Sie denn Kenntnis von den Verdachtsmomenten gegen Herrn Dr. Friedrich erhalten?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich habe hier ja ausgeführt, dass ich auch Abteilungsleiter Z im LUA war. Herr Dr. Friedrich hat als Fachabteilungsleiter auch mit den zuständigen Abteilungen im LUA zu tun gehabt. Da hat man das eine oder andere gehört. Man lief sich ja quasi wöchentlich einmal über den Weg.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Können Sie uns vielleicht etwas genauer schildern, was man da wöchentlich gehört hat?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nach so vielen Jahren? Das sind Gerüchte, die ich hier von mir geben müsste. Es gab immer wieder Spannungen - das war ja für jeden nachlesbar und transparent -: Spannungen zwischen den Fachabteilungen, Spannungen zwischen dem Präsidenten und auch Spannungen mit einigen Angehörigen der Abteilung IV. In diesem Spannungsverhältnis wurde sehr viel gesagt und einiges gesagt. Aber wer da was gesagt haben soll und will? Ich kann Ihnen nur berichten, dass diese Gerüchte damals in der Welt waren. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Wann sind Sie dann in Ihrer Funktion als Abteilungsleiter I offiziell mit dem Vorgang - wenn ich es einmal allgemein so weit gefasst beschreiben darf - betraut worden?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Zunächst einmal Folgendes - das werden Sie in den Protokollen des Umweltausschusses und des Rechtsausschusses ja schon gelesen haben -: Herr Dr. Günther hat die Sache als zuständiger Referatsleiter eigenverantwortlich bearbeitet. Ich war in dieser Sache nur peripher tangiert. Dort bestand also ein unmittelbares Arbeitsverhältnis zwischen Herrn Dr. Günther und Herrn Staatssekretär Dr. Schink.

Ich habe die eine oder andere Unterlage oder Urkunde gesehen oder auch paraphiert. Zum Beispiel habe ich das Anhörungsschreiben, wie ich bei meinem groben Durchforsten der Akten noch einmal gesehen habe, selbst unterschrieben. Ich habe, glaube ich, auch das Zwischenergebnis des Prüfteams, das dort eingesetzt war, mal paraphiert und gesehen. Im großen Ganzen war ich in dieser Sache aber nicht involviert.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Ich nenne Ihnen einmal ein paar Stichworte: Missachtung des geltenden Vergaberechts, verbotswidrige Nutzung fremder Passwörter, unzutreffende Reisekostenabrechnungen. - Sagt Ihnen das etwas? Sind Sie damit beschäftigt gewesen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja. Ich meine, ich habe es gelesen. Die Kündigung war ja auf diese Dienstvergehen gestützt. Und inwieweit das tatsächlich zutraf oder nicht... Es bestand der Verdacht eines solchen Dienstvergehens. Die Frage, ob das nun nachgewiesen war oder nicht, stellte sich damals nicht. Aufgrund der Dienstvergehen ... Es waren ja, wie gesagt, mehrere. Es waren die Vergabemisststände. Es waren diese angeblichen Reisekostenabrechnungen, von denen ich keine einzige gesehen habe. Es war offensichtlich auch das Nichtanmelden einer Nebentätigkeit. Diese Vorgänge habe ich in den entsprechenden Unterlagen und Schreiben nachlesen können. Gesehen habe ich die Urkunden oder Vorgänge aber nicht.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Aber wenn der Verdacht im Raum steht, von dem Sie jetzt gerade gewisse Punkte geschildert haben: Was haben Sie denn dann verantwortlich als Abteilungsleiter I - das waren Sie ja dann ab 01.05. bzw. 01.06.2006 - in dieser Sache noch unternommen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nichts groß. Ich war froh, dass ich mich seinerzeit freischwimmen konnte. Stellen Sie sich vor, Sie kommen neu in ein Ministerium hinein und werden mit dieser Fülle von Aufgaben konfrontiert. Da war der Fall von Herrn Dr. Friedrich ein Fall unter vielen. Ich war Greenhorn, absolutes Greenhorn - um es einmal platt zu sagen: von Tuten und Blasen keine Ahnung -, und wurde dann ins Wasser geschmissen und musste schwimmen. Just in dieser Zeit kam eine Fülle von Aufgaben auf mich zu, in die ich mich definitiv und auch nachhaltig einarbeiten musste. Das war die Verwaltungsstrukturreform in allen ihren Facetten mit allen ihren Gruppierungen und Unterarbeitsgruppen und Arbeitsgruppen, in denen ich Mitglied war. Ich hatte also gut zu tun. Da war ich froh, dass Herr Dr. Günther diese Sache eigenverantwortlich weiter bearbeitet hat.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Inwieweit haben Sie sich denn von Herrn Dr. Günther über den Stand des Verfahrens unterrichten lassen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Herr Dr. Günther hat mich unterrichtet, wenn er es für erforderlich hielt. Damit konnte ich ganz gut leben.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Können Sie uns noch einmal ein paar Einzelheiten nennen, wann Herr Dr. Günther Sie mit welchen Informationen unterrichtet hat?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Warum nicht?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Es sind mehr als drei Jahre, fast vier Jahre vergangen. Ich weiß nicht, wann Herr Dr. Günther auf mich zugekommen ist und mir irgendetwas

mitgeteilt hat und mich irgendwie informiert hat. Nein, das kann ich nicht - beim besten Willen nicht.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Wann und durch wen wurde denn die Hausspitze, also Minister und Staatssekretär, über die Vorgänge informiert?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Die waren doch schon involviert, bevor ich gekommen bin.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Meine Frage war: Gab es zwischen Ihnen und der Hausspitze Gespräche zu dem Vorgang?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Das schließe ich nicht aus. Ich kann mich aber nicht erinnern, bei welcher Gelegenheit wir mit wem über diese Causa gesprochen haben. Dass wir darüber gesprochen haben, streite ich nicht ab. Das war aber im Grunde genommen, wie gesagt, mehr oder weniger ein Informationsgespräch, das geführt worden ist. Wie gesagt: Ich hatte andere Sorgen.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Wenn Sie jetzt sagen, dass es ein Informationsgespräch war, dann wissen Sie ja doch schon ein paar Einzelheiten mehr über ein Gespräch-

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, ich wusste, dass Herr Friedrich gekündigt wurde - das war ja ein Fakt - oder gekündigt werden sollte. Ich habe ja eben ausgeführt, dass ich das entsprechende Schreiben sogar selbst unterschrieben habe, das der Anhörung diene. Im Vorfeld ist natürlich darüber gesprochen worden, wie man das juristisch am besten abfasst.

Für mich waren das auch Dienstvergehen, die von einer solchen Nachhaltigkeit und Schwere waren, dass es für mich auch keine Alternative zu dem Vorgehen gab, das seinerzeit im MUNLV dann auch beschlossen worden ist.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Was ist da beschlossen worden?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Herrn Dr. Friedrich zu kündigen.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Wer hat diese Entscheidung getroffen, Herrn Dr. Friedrich zu kündigen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Das hat doch die Hausspitze gemacht.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Ich frage ja. Auf Empfehlung von?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Gibt es dazu eine Berichtslage?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich weiß nicht, ob es eine Berichtslage dazu gegeben hat. Aber natürlich hat man darüber gesprochen, und natürlich hat wahrscheinlich Herr Dr. Günther eine entsprechende Vorlage gemacht. Dann ist das entschieden worden. Auch als der Kündigungsprozess dann lief und bei dem zuständigen Arbeitsgericht anhängig war, hat Herr Dr. Günther, wie gesagt, die entsprechenden Weichenstellungen zusammen mit Herrn Dr. Schink vorgenommen.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Jetzt muss ich mich auch noch einmal in die Abläufe in einem Ministerium hineinversetzen. Sind die Vermerke und Ermittlungen und Berichte des Herrn Dr. Günther vorher auch über Ihren Schreibtisch gegangen, wenn sie dann zum Staatssekretär oder zum Minister gegangen sind?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich schließe nicht aus, dass so etwas passiert ist. Es war aber nicht so strukturiert. Es war in diesem Fall nicht so angelegt, weil Herr Dr. Günther, wie gesagt, hier eigenverantwortlich gehandelt hat und Herrn Dr. Schink direkt zugearbeitet hat. Das Ganze hat sich anschließend ja auch noch einmal in dem Einsatz der „Kommission Amtshilfe“ manifestiert. Da ist sogar an alle Mitarbeiter kommuniziert worden, dass die „Kommission Amtshilfe“ - sprich: Herr Dr. Günther und die beiden Kolleginnen - eigenverantwortlich arbeitet und direkt mit Herrn Dr. Schink kommunizieren sollte.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Ist es üblich, dass in Personalangelegenheiten einzelne Mitarbeiter eigenverantwortlich mit der Hausspitze korrespondieren - salopp gesagt: unter Umgehung des Abteilungsleiters I, der doch eigentlich Abteilungsleiter für Personalangelegenheiten ist?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ob das üblich ist oder nicht - hier war es so. Und ich hatte, wie gesagt, andere Sorgen. Ich hatte auch keine Veranlassung, diese Entscheidung zu hinterfragen.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Gut. - Dann habe ich noch eine Frage. In der Folgezeit wurden dann strafrechtliche Ermittlungen gegen Herrn Dr. Friedrich aufgenommen. Inwieweit waren Sie im Rahmen dieser strafrechtlichen Ermittlungen beteiligt?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Auch bei den strafrechtlichen Ermittlungen war ich wiederum nicht beteiligt. Wie gesagt, gab es da keinen Dienstweg über mich. Ich hatte weder Kontakt mit dem LKA noch mit der Staatsanwaltschaft. Ich habe an keinem Gespräch teilgenommen. Ich war nicht beteiligt.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Gut. - Dann will ich meine einleitende Befragung an dieser Stelle beenden. Jetzt erhalten die Fraktionen Gelegenheit, Ihnen Fragen zu stellen, Herr Henrich. - Als Erster hat sich Herr Kollege Remmel gemeldet.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Herr Henrich, ich würde Sie gerne einleitend fragen: Hat es zur Vorbereitung auf den heutigen Termin im Umweltministerium vorbereitende Sitzungen gegeben und mit welchen Personen? Wie haben Sie sich vorbereitet?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich habe mich wie folgt vorbereitet: Zunächst hatte ich mir vorgenommen, die Akten zu lesen. Als ich dann allerdings gehört habe, dass diese Akten einen Umfang von mehreren zigtausend Seiten haben, habe ich keine einzige gelesen, sondern versucht, mich durch ein grobes Durchblättern der Akten ganz grob zu informieren. Das habe ich auch sehr schnell sein lassen, weil das eine solche Fülle an Informationen gewesen wäre, die ich nicht hätte verarbeiten können. Ich hätte auch nicht mehr sagen können, was ich dann aus den Akten heraus hätte vortragen können oder müssen und was ich aus eigenem Erleben heraus hätte darlegen können. Von daher habe ich mich auf die grobe Durchsicht der Akten kapriziert und mir einige Daten herausgeschrieben, die ich für wichtig halte, die Ihnen aber wahrscheinlich auch größtenteils bekannt sind. Ansonsten gab es keine Vorbereitung.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ich frage deshalb nach, weil im Vorfeld ja auch eine Diskussion stattgefunden hat, dass das Umweltministerium sich zur Vorbereitung auf den Untersuchungsausschuss noch einmal personell verstärkt hat. Deshalb frage ich Sie: Hat es im Umweltministerium vorbereitende Gespräche zu der heutigen Sitzung gegeben?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich war ja letzte Woche krank. Da gab es eine Informationsveranstaltung von Herrn Stöckl. Darum hatte ich gebeten. Herr Stöckl ist der Staatsanwalt, der zu uns abgeordnet worden ist. Ich hatte ihn gebeten, die Zeuginnen und Zeugen, die geladen werden, über ihre Rechte und Pflichten zu informieren, weil das strafprozessual ja notwendig ist. Ich hatte ihm auf den Weg gegeben - mir wurde gesagt, dass er sich auch daran gehalten hat -, auf keinen Fall inhaltlich vorzugehen und gegebenenfalls Aussagen abzusprechen. Ich kann also nur sagen: Auch ich habe einen Vermerk von Herrn Dr. Stöckl bekommen, der mich über die Rechte und Pflichten eines Zeugen belehrt hat.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Gut. - Dann würde ich gerne zur Sache kommen. Ich würde Ihnen gerne noch einmal die Auswirkungen und das ganze Szenario vor Augen führen, damit auch klar ist, worüber wir reden. Es hat Hausdurchsuchungen gegeben. Es hat Telefonabhörmaßnahmen gegeben. E-Mails sind in einem ziemlichen Ausmaß durchforstet worden. Der Vorwurf lautete: Bandenbildung, Korruption. Im Übrigen waren auch andere Mitarbeiter des MUNLV betroffen. Mittlerweile hat sich das in Luft aufgelöst.

Sie sind verantwortlicher Abteilungsleiter I. Sie haben also - das darf man jedenfalls von außen annehmen - diese Sache auch gesteuert. In diesem Zusammenhang möchten wir hier auch einen Aktenvermerk einführen, und zwar IM 249, Blatt 9. Dort führt Kriminalhauptkommissar Meuter in einem Bericht vom 16.02.2007 aus: Das vorliegende Ermittlungsverfahren wurde von Herrn Ministerialrat Günther des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes an Herrn Abteilungsleiter I, Leitenden Kriminaldirektor Wagner, und Unterzeichner zur Prüfung im Juli 2006 herangetragen. - Es gab ja einen langen Streit darüber, wer das strafrechtliche Ermittlungsverfahren initiiert hat. Hier sagt das Landeskriminalamt, dass das vonseiten des MUNLV an das Landeskriminalamt im Juli herangetragen worden sei. Zu diesem Zeitpunkt im Juli waren Sie ja schon drei Monate im Amt. Ich sage noch einmal: Sie sind verantwortlicher Abteilungsleiter I. Deshalb frage ich Sie, in welcher Weise Sie Herrn Günther beauftragt haben, die strafrechtlichen Aspekte an das Landeskriminalamt heranzutragen.

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ich habe Herrn Dr. Günther nicht beauftragt. Ich wehre mich auch dagegen, wenn gesagt wird, der Abteilungsleiter I habe das Verfahren gesteuert. Es gab nichts zu steuern. Ich bin Abteilungsleiter I des MUNLV und nicht Abteilungsleiter I - was weiß ich? - des LKA oder der Staatsanwaltschaft oder des Justizministeriums; das müssen Sie mir nachsehen. Es gab keine Steuerung von uns, sondern mir ist seinerzeit gesagt worden, dass das LKA auf das MUNLV zugekommen ist, nachdem offensichtlich in der „Bild“-Zeitung oder, glaube ich, auch im „Kölner Stadt-Anzeiger“ gesagt worden ist, dass Herr Dr. Friedrich wegen Korruption gefeuert worden sei. Wir sind also nicht auf die Polizei und auch nicht auf die Staatsanwaltschaft zugegangen. Es gab keine Anweisung.

Johannes **Remmel (GRÜNE)**: Sie als Abteilungsleiter hatten also mit dem ganzen Verfahren nichts zu tun?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ich habe nichts damit zu tun gehabt.

Johannes **Remmel (GRÜNE)**: Von wem ist das denn ... Sie haben eben gesagt, die Hausspitze habe das gesteuert. Wer in der Hausspitze? Der Minister? Oder der Staatssekretär?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Nein, ich hatte gesagt, dass Herr Dr. Günther von Herrn Dr. Schink mit Vorermittlungen beauftragt worden war. Diese Vorermittlungen waren schon anhängig, als ich ins Haus gekommen bin. Diese Vorermittlungen liefen weiter. Sie bezogen sich aber im Grunde genommen nur auf Folgendes: Hat Herr Dr. Friedrich ein Dienstvergehen begangen? Hat Herr Dr. Friedrich weitere Vergabeverstöße zu verantworten? - Das war der Auftrag, den Herr Dr. Günther hatte. Er war nicht beauftragt, irgendwelche strafrechtlichen Ermittlungen durchzuführen, soviel ich weiß.

Johannes **Remmel (GRÜNE)**: Wann ist diese Vorermittlung denn aus Ihrer Erinnerung in Auftrag gegeben worden?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ich habe das jetzt beim Lesen der Akte gesehen und habe es mir hier aufgeschrieben. Das muss am 16.06.06 passiert sein - nein, noch früher, schon im April. Wie gesagt: Das weiß ich auch nur aufgrund des Durchblätterns der Akten. Aus eigener Erkenntnis kann ich Ihnen das nicht sagen. - Auf jeden Fall waren das Ermittlungsverfahren bzw. diese Recherchen, ob es weitere Verstöße gab, die Herr Dr. Friedrich zu verantworten hatte, schon anhängig.

Johannes **Remmel (GRÜNE)**: Wir haben eben mit Ihrem Vorgänger die Frage erörtert, wie und in welcher Weise Vorgänge bezogen auf Herrn Friedrich im Ministerium insbesondere vom Abteilungsleiter I bzw. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesammelt worden sind. Ich kann das auch gerne noch einmal aus einem handschriftlichen Vermerk vom 10.01. von Herrn Pudenz zitieren: Dann ist das ein weiterer Punkt zum Sammeln. - Diese Sammlung müsste Ihnen ja mit Amtsübergabe übergeben worden sein. Deshalb frage ich: Welche Kenntnis haben Sie von dieser Sammlung von Vorgängen, die Herrn Dr. Friedrich betreffen?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Mir ist keine Sammlung übergeben worden. Ich kenne keine Sammlung. Ich weiß nur, wie gesagt, dass man, nachdem diese anonyme E-Mail in der Welt war, recherchiert hat, ob es da noch weitere Verstöße gibt. Und wie gesagt: In dem Anhörungsschreiben, das von mir unterschrieben worden ist, ist dann noch - ich wiederhole mich jetzt hier - auf falsche Reisekostenabrechnungen und eine Nichtanzeige von Nebentätigkeiten Bezug genommen worden. Mehr war nicht im Schwange.

Johannes **Remmel (GRÜNE)**: Dann frage ich noch einmal, seit wann Sie denn von den laufenden Untersuchungen im Haus wissen und selber beteiligt waren.

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Welche Untersuchungen meinen Sie denn jetzt?

Johannes **Remmel (GRÜNE)**: Sie haben doch eben von Ermittlungen gesprochen.

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ja. Wie ich sagte, waren das Recherchen, also Verwaltungsermittlungen. Sie müssen doch Folgendes sehen: Nachdem diese anonyme E-Mail in der Welt war, musste sich der Dienstherr doch darum kümmern, hier zunächst einmal ein Verfahren zu entwickeln, das sicherstellt, dass in der Zukunft keine Vergabeverstöße mehr vorkommen. Dann gab es also irgendwann - genau weiß ich das auch nicht mehr - die Entscheidung, dass eine Vergabestelle eingerichtet werden sollte. Das ist auch vor meiner Zeit passiert. Im Laufe dieser ganzen Entwicklungen ist auch rückwärts gewandt geguckt worden: „Wie sieht es aus? Gab es noch weitere Vergabeverstöße?"; denn wenn es Vergabeverstöße gegeben hätte, hätte das unter Umständen auch bedeutet, dass zivilrechtliche Ansprüche - Rückforde-

rungsansprüche, Schadenersatzansprüche - entstanden wären, denen man gegebenenfalls hätte nachgehen müssen. Das war die Überlegung.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Anfang Juni erteilt Dr. Schink - MUNLV 1, Blatt 45 - den Auftrag, in straf- und disziplinarrechtlicher Hinsicht zu untersuchen. Ich frage Sie als zuständigen Abteilungsleiter I: Haben Sie von diesem Auftrag gewusst? Er muss ja über Ihren Schreibtisch gegangen sein. In strafrechtlicher und disziplinarrechtlicher Hinsicht.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich sagte ja eben, dass es sein kann, dass es über meinen Schreibtisch gelaufen ist, wie die beiden anderen von mir bereits zitierten Urkunden - sprich: das Anhörungsschreiben und der Zwischenbericht des Prüfteams. Es kann sein, dass das über meinen Schreibtisch gelaufen ist. Wenn es darüber gelaufen ist, war das aber zufälliger Natur, denn ich war in der Sache, wie gesagt, nicht involviert.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Aber Sie haben doch eben behauptet, dass es keinerlei Vorermittlungen in strafrechtlicher Hinsicht gegeben hat. Wir haben hier einen Vermerk von Anfang Juni, in dem von strafrechtlicher und disziplinarrechtlicher Hinsicht gesprochen wird. Wie erklärt sich dieser Widerspruch?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Das ist kein Widerspruch. Wenn gegen Vergaberecht verstoßen worden ist, ist das ein Dienstvergehen. Dann muss man gucken, inwieweit man ein solches Dienstvergehen arbeitsrechtlich aufarbeitet.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** In diesem Vermerk ist nicht von arbeitsrechtlich die Rede, sondern von strafrechtlich.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja gut. Wie gesagt, kenne ich diesen Vermerk nicht. Es kann ja sein, dass das darin steht. Es wäre vielleicht auch opportun, wenn es darin gestanden hätte; denn ein solches Vorgehen hätte ja unter Umständen auch strafrechtliche Relevanz haben können. Also wie gesagt: Ich weiß es nicht.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Sie haben eben ja dargestellt - obwohl der von mir zitierte Vermerk des LKA eine andere Richtung angibt, nämlich dass die Ermittlungen vom MUNLV an das LKA herangetragen worden sind -, das LKA habe sich an das MUNLV gewendet. Jetzt können wir durch einen weiteren Beleg deutlich machen, dass es strafrechtliche Voruntersuchungen im MUNLV gegeben hat. Auch da besteht ein Widerspruch.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Das ist kein Widerspruch. Das eine kann ohne das andere nebeneinander entschieden worden sein. Wenn ich intern überlege, ob jemand eine Straftat begangen hat oder ob jemand ein disziplinarwürdiges Verhalten

an den Tag gelegt hat, heißt das noch lange nicht, dass ich auf das LKA oder die Staatsanwaltschaft zugehen muss und zugegangen bin. Wie gesagt: Hier war es offensichtlich so, wie ich das eben auch dargestellt hatte, dass das LKA aufgrund dieser Zeitungsanzeige ins Haus gekommen ist und nähere Informationen wollte.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Dann würden Sie jetzt also bestätigen, dass es auch vor dem Kontakt mit dem LKA strafrechtliche Untersuchungen im MUNLV gegeben hat?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich habe gesagt, dass ich es nicht ausschließe. Ich weiß es positiv nicht.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Aber Sie haben damit nichts zu tun?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Das ist ausschließlich Herr Dr. Günther...

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** ... im Auftrag von Herrn Staatssekretär Schink.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ist es denn für einen Abteilungsleiter I üblich, dass er in solche zentrale Fragestellungen personalwirtschaftlicher, disziplinarischer und gegebenenfalls strafrechtlicher Hinsicht nicht eingebunden ist?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Diese Frage ist ja eben schon einmal gestellt worden. Üblicherweise mag das ja so sein. Ich war aber ein Greenhorn. Ich war gerade zwei Monate in diesem Laden. Wenn dann auf einmal eine solche Geschichte kommt, in der ein Experte schon seit Monaten offensichtlich die entsprechenden Ermittlungen geführt hat bzw. Recherchen angestellt hat, grätsche ich doch nicht mit meinem Nichtwissen dort hinein und versuche, die Sache an mich zu ziehen. Das habe ich nicht gemacht.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Sie haben eben von der „Kommission Amtshilfe“ gesprochen. Die ist aber erst später eingesetzt worden.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Die ist im Jahr 2008 eingesetzt worden.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** So, wie Sie das jetzt darstellen, kann man ja annehmen, dass es diese „Taskforce Dr. Friedrich“, oder wie auch immer man sie nennen will, schon vorher gegeben hat - ...

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** ... dadurch, dass Herr Dr. Günther den entsprechenden Auftrag für entsprechende Ermittlungen hatte.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein. Sie ist eingeführt worden - ich schaue einmal das Datum nach, bevor ich etwas Falsches sage - am 13.06.08.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Dann würde ich noch fragen wollen, wer denn Herrn Dr. Günther bei seiner Arbeit kontrolliert hat.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Wie?

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Er ist ja Mitarbeiter. Er war ja nicht Ihr Chef, sondern Ihr Mitarbeiter. Die Frage ist doch, wer die Arbeit von Herrn Dr. Günther unterstützt und kontrolliert.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Gut; wenn ich nicht im Geschäft war, habe ich ihn nicht kontrolliert.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Aber wer war es dann?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich habe Ihnen doch gesagt, dass er einen Auftrag von Herrn Dr. Schink hatte. Ich weiß nicht, ob Herr Dr. Schink ihn kontrolliert hat. Keine Ahnung.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Es gab also einen direkten Austausch zwischen Herrn Dr. Schink und Herrn Dr. Günther ...

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** ... ohne Einschaltung des Abteilungsleiters I?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Nun mag man darüber streiten, ob das zu Beginn Ihrer Amtszeit ein Phänomen war, das sich aufgetan hat. Sie sind aber nach wie vor Abteilungsleiter, und das Ermittlungsverfahren hat ja danach noch eine sehr lange

Zeit gedauert. Ich würde Sie gerne fragen, von wie vielen Kontakten und welcher Art von Kontakten von Dr. Günther mit dem Landeskriminalamt Sie Kenntnis haben.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich weiß, dass er Kontakt hatte. Ich weiß, dass er ausschließlich Kontakt hatte - bzw. als dann die „Kommission Amtshilfe“ eingerichtet worden war, hatten die drei mit LKA und Staatsanwaltschaft die entsprechenden Kontakte. Wie viele Kontakte das waren, weiß ich nicht. Ich habe die E-Mails im großen Ganzen nicht gesehen. Ich bin informiert worden, wenn eine Sache sich als wichtig herausgestellt hat. Ansonsten war ich aber, wie gesagt, nicht beteiligt.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Sie sind also über die Kontakte, die Herr Dr. Günther mit dem Landeskriminalamt hatte, nicht in Kenntnis gesetzt worden?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Auch zu einem späteren Zeitpunkt nicht?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich gehe hier davon aus, dass im großen Ganzen Herr Dr. Günther, Frau Meyer-Mönnich und Frau Wender mit dem LKA vernünftig zusammengearbeitet haben und sehr wohl auch mit den nötigen Verhältnismäßigkeitsvorstellungen agiert haben. Es mag sein, dass ich die eine oder andere E-Mail gesehen habe. Im Grundsatz war ich in diese Materie aber nicht involviert.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Gab es denn von Ihrer Seite irgendwelche Anweisungen an Herrn Dr. Günther, in welcher Weise die Kontakte mit dem LKA zu berichten sind, ...

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** ... in welcher Weise sie zu dokumentieren sind ...

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** ... und in welcher Weise beispielsweise die Weitergabe von Informationen abgestimmt werden muss?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein. Es gab keine Weisungen.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Wir haben ja schon öffentlich die Dokumentation dessen, dass das Umweltministerium meinte, schwirrende Gerüchte an das LKA weitergeben zu müssen. War Ihnen diese Weitergabe wenigstens bekannt?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein. Ich wusste natürlich, dass auf einmal 200 Polizisten losgeschickt worden waren. Ich wusste, dass die Sache 2008 Dimensionen angenommen hatte, wie sie nicht vorstellbar waren. Wieso, weshalb und warum es dazu gekommen ist, vermag ich nicht zu sagen.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Zumindest zu dem Zeitpunkt, als es um die Frage der Durchsuchung ging - Sie haben das ja gerade geschildert -, muss es anschließend doch vielleicht auch eine Information im Hause im Bereich der Abteilungsleiterrunde gegeben haben. Haben Sie die Information beispielsweise an die Abteilungsleiterrunde weitergegeben?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein, habe ich auch nicht.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Wer hat denn die Abteilungsleiterrunde informiert?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Das weiß ich nicht. Ich bin im Urlaub angerufen worden und davon informiert worden, dass Herr Dr. Friedrich verhaftet worden sei. Ich kann Ihnen den Zeitpunkt genau sagen. Ich war vom 19.05. bis zum 06.06. in Urlaub, und Herr Dr. Friedrich ist am 29.05. verhaftet worden.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Es gibt ausweislich der Akten den Wunsch des Personalrates, über die Vorgänge informiert zu werden.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ich könnte das jetzt auch zitieren. Der Wunsch ist an Sie gegangen. In welcher Weise haben Sie den Personalrat denn unterrichtet bzw. mit welchen Informationen? Und woher haben Sie sich diese Informationen geholt, wenn Sie über den ganzen Vorgang nicht Bescheid wussten, um den Personalrat zu unterrichten?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Wo genau ich mich informiert habe, weiß ich nicht. Ich nehme an, dass es bei Herrn Dr. Schink war. Ich weiß nicht, ob sich das auch auf Herrn Dr. Günther erstreckte. Das kann ich jetzt nicht mehr sagen. Auf jeden Fall habe ich dann dem Personalrat gesagt - im Rahmen einer Aktuellen Stunde, wenn ich mich richtig erinnere -, dass die Staatsanwaltschaft hier diese entsprechenden Konsequenzen gezogen hat.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ist Ihnen denn bekannt - und auf welche Weise ist es Ihnen bekannt geworden -, dass weitere Mitarbeiter des MUNLV in das Ermittlungsverfahren einbezogen worden sind?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Das habe ich mitbekommen; denn die betroffenen Personen haben das entweder selbst angezeigt, haben also Meldung gemacht, dass ein entsprechendes Strafverfahren gegen sie läuft...

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Ihnen gegenüber angezeigt?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Auch mir gegenüber, ja. Also dem Personalbereich gegenüber angezeigt.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Noch einmal präzise: Wem gegenüber ist angezeigt worden und wer hat Informationen bekommen, dass gegen weitere Mitarbeiter des MUNLV ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Herr Mertsch hat das seinerzeit - ich weiß nicht, wem - geschrieben. Auf jeden Fall hat er geschrieben und der Dienststelle offengelegt, dass auch gegen ihn ein Ermittlungsverfahren läuft.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Ich muss noch einmal fragen. Wie kann ich mir das im Behördenstrang vorstellen? Haben Sie dann die Augen zugemacht, wenn Papiere auf Ihrem Schreibtisch lagen? Haben Sie sie einfach schnell weitergereicht? Oder wollten Sie sie gar nicht sehen? Ich kann mir das einfach nicht vorstellen. So, wie ich mir ordentliche Behörden vorstelle, gibt es einen Behördenstrang, und die Papiere laufen in Mappen oder E-Mails auch über den Abteilungsleiter. Ich kann es mir schlicht nicht vorstellen. Sie müssen ja irgendeine Technik angewandt haben, damit Sie davon nichts mitbekommen. Welche? Wie kann ich mir das vorstellen?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ich habe Ihnen doch gesagt, dass dieses Schreiben - ich glaube, es war ein Schreiben - von Herrn Dr. Mertsch an die Dienststelle gerichtet war. Und das ist natürlich über meinen Schreibtisch gelaufen.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Und dann?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Dann habe ich es an Dr. Günther weitergegeben.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Der hat das dann für Sie erledigt?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ja.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Gut. - So weit erst einmal.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank. - Als Nächster hat Herr Kollege Eilerbrock das Wort.

**Holger Ellerbrock** (FDP): Herr Henrich, Sie haben beredt dargelegt, dass Sie - ich zitiere wörtlich - als Greenhorn ins Haus gekommen sind. Ich schätze ja Ihre zurückhaltende Art. Als ehemaliger Abteilungsleiter **Z** des LANUV sind Sie aber nun kein Greenhorn, das dann in das Haus hineinkommt.

Ich kann auch nachvollziehen, dass es bei dem Übergang der Abteilungsführung sicherlich gute Gründe gab, Herrn Dr. Günther eigenverantwortlich, also mit besonderen Rechten ausgestattet, arbeiten zu lassen und Ihnen eine Einarbeitungszeit zu geben. Würden Sie mir zustimmen, dass Sie nach mehrjähriger Dienstefahrung diese Aufgabe übernehmen würden, wenn ein solcher Fall noch einmal kommen würde, weil es bei dieser Dimension eigentlich eine ursächliche Aufgabe des Abteilungsleiters ist, sich hier nicht nur zu informieren, sondern dann auch die verwaltungsinternen Ermittlungen zu führen? Da würden Sie mir doch zustimmen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Vom Grundsatz her ja.

**Holger Ellerbrock** (FDP): Was heißt denn jetzt „vom Grundsatz her ja“? Ja oder nein?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Wenn andere Entscheidungen getroffen worden sind, würde ich diese akzeptieren. Ich habe nicht remonstriert. Ich habe hier eine Entscheidungslage vorgefunden, die ich akzeptiert habe.

**Holger Ellerbrock** (FDP): Normalerweise ist das bei einer solchen Nummer eine Aufgabe des Abteilungsleiters. Das versuchte Herr Kollege Rimmel auch zu verdeutlichen. Wenn so etwas heute passieren würde, wäre das Ihre Aufgabe. So habe ich das jetzt richtig verstanden.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Danke für die Interpretationshilfe, Herr Kollege!)

- Wir wissen ja, wie gut wir zusammenarbeiten.

Des Weiteren haben Sie gesagt, dass Sie das Gespräch mit der Leitungsebene nicht abstreiten. Das ist ja nun kein konspiratives Gespräch mit der Leitungsebene, sondern ein ganz normaler dienstlicher Vorgang.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Eben.

**Holger Ellerbrock** (FDP): Gut. Dann habe ich das auch richtig verstanden.

Ferner hat der Kollege Rimmel in den Raum gestellt, dass Hausdurchsuchung und Telefonüberwachung - so war die Frage - von Ihnen gesteuert würden. Meine rudimentären juristischen Kenntnisse laufen eigentlich darauf hinaus, dass Hausdurchsuchung und Telefonüberwachung von der Staatsanwaltschaft oder durch die Kriminalpolizei vorgenommen werden. Würden Sie dem auch zustimmen, dass das normalerweise der Fall ist?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Das ist normalerweise der Fall, ja.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Gut. - Dann komme ich zu der nächsten Sache, die ich noch fragen wollte. Eben ist hier der Begriff Ermittlungen aufgetaucht. Wenn ich die Akten richtig gelesen habe und wenn ich das hier bei Ihren Ausführungen richtig mitbekommen habe, gab es im Hause ja eine Arbeitseinheit, die in diesem Bereich tätig war. Der Begriff Ermittlungen hat aber - siehe strafrechtliche Ermittlungen usw. - eine andere Dimension. Ich habe es so aufgefasst, dass die - in Anführungsstrichen - „Ermittlungen“ verwaltungsinterne Prüfungen waren, die darauf abzielten, Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit der hier in Rede stehenden Person abzuklären. Habe ich das richtig verstanden?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, das haben Sie richtig verstanden.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Ermittlungen heißt in diesem Falle also: verwaltungsinterne Prüfung. Ist es denn üblich, dass man in solchen Fällen so eine verwaltungsinterne Prüfung macht?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Natürlich. In allen Fällen, in denen sich solche Verdachtsmomente erhärten, dass jemand gegen geltendes Dienstrecht verstoßen hat, machen wir das.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Das ist also für Herrn A, Frau B und Herrn C ein üblicher Vorgang?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Gut; dann habe ich das verstanden. - Außerdem wurde gerade noch einmal der Begriff „schwirrende Gerüchte“ eingeführt. Ich habe eben schon einmal gesagt - ich bin ja nun auch Verwaltungskrüppel -, dass es für mich zwei Arten von Gerüchten gibt. Die einen höre ich, aber ich registriere sie nicht. Allerdings gibt es eine bestimmte Art von Gerüchten, bei denen ich von Amts wegen verpflichtet bin, heftig zu reagieren. Könnten Sie vielleicht einmal die Art der Gerüchte darlegen, bei denen Sie reagieren müssen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Es gibt den berühmten Flurfunk. Darauf würde ich überhaupt nicht reagieren. Es gibt auch Gerüchte, die tagtäglich in irgendeiner Kantine weitergegeben werden, also schwirrende Gerüchte. Dem würde ich auch überhaupt keine Bedeutung beimessen.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Auch die im zwischenmenschlichen Bereich. Die sind ja auch interessant.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Auch im zwischenmenschlichen Bereich, genau. Das ist ja das Schönste, was man machen kann. Über solche Begebenheiten unterhält man sich gerne bei einer Tasse Kaffee, obwohl man letztendlich von keiner Kenntnis gesegnet ist.

Ich würde natürlich dann vorgehen, wenn sich die Gerüchte so konkretisieren, dass tatsächlich ein Anfangsverdacht vorliegen würde, dass ein Dienstvergehen bestände.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Jetzt sagen Sie: würde. Ist es richtig ausgedrückt, wenn ich sage, dass Sie schwirrende Gerüchte dann aufgreifen müssen, wenn sie zum Beispiel mit dem Begriff Korruption in irgendeiner Verbindung stehen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja. Wenn sich solche Verdachtsmomente erhärten, bin ich aufgrund des Korruptionsgesetzes ja sogar verpflichtet, solchen Gerüchten nachzugehen.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Ja. - Dann ist das in der ersten Runde erst einmal so. Danke.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Vielen Dank. - Als Nächster hat Herr Kollege Körfges das Wort.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Herr Henrich, zunächst habe ich eine Frage bezogen auf das, was hier als Ermittlungen bezeichnet wurde. Ich habe mir notiert, dass Sie eben wörtlich gesagt haben: Der Experte hat offensichtlich seit Monaten die Ermittlungen geführt. - Der Kollege Ellerbrock hat ja in diese Richtung gerade auch schon eine kommentierende Fragestellung

(Holger Ellerbrock [FDP]: Aufnehmend!)

an Sie gerichtet. Was darf ich denn technisch unter Ermittlungen verstehen? Wenn eine Behörde Ermittlungen führt - ich führe jetzt auch einmal etwas an -, dient so etwas in aller Regel der Vorbereitung von dienstrechtlichen Maßnahmen, also Disziplinarmaßnahmen oder so etwas. Waren das Ermittlungen in dieser Art und Weise?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein. Das habe ich eben auch schon einmal richtigzustellen versucht, so wie Herr Ellerbrock das auch interpretiert hat.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Nein, noch einmal mit Ihren eigenen Worten - nicht mit den Worten von Herrn Ellerbrock, sondern mit Ihren Worten. Welche Rechtsnatur hatten denn diese Ermittlungen? Waren es Ermittlungen l'art pour l'art - das ist interessant; wir gucken einmal nach? Oder welche Rechtsqualität hatten sie?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein, es sind verwaltungsinterne Prüfungen. Wenn der Landesrechnungshof uns mit der Nase auf irgendwelche schweren Dienstverge-

hen hinweist, müssen wir hier ermitteln. Dann müssen wir gucken und prüfen, ob diese Prüfungsbeanstandungen, die der Landesrechnungshof in den Raum gestellt hat, tatsächlich verifizierbar sind oder nicht. Das heißt, dass wir dem nachgehen. Wir haben eine Innenrevision. Die gab es damals noch nicht. Heute würden wir die Innenrevision auf diesen Sachverhalt ansetzen und sie bitten, das zu überprüfen.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Dienstliche Ermittlungen beziehen sich also, wenn ich es richtig verstanden habe, sowohl auf persönliches Fehlverhalten als auch auf Aufklärung der dahinter stehenden Sachverhalte?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Zunächst einmal geht es um die Aufklärung des Sachverhaltes. Wenn sich dabei herausstellen sollte, dass ein dienstliches Fehlverhalten in der Welt ist oder nicht ausgeschlossen werden kann, würden wir auch insoweit die Sachlage überprüfen.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Der Ermittlungsbegriff ist aber eigentlich ein Terminus technicus. Ich will jetzt nicht mit Ihnen in eine Fachdiskussion eintreten. Vorermittlungen dienen aber der Vorbereitung von Disziplinarverfahren.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich habe nicht von Vorermittlungen gesprochen, sondern von Verwaltungsermittlungen.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Ja, Verwaltungsermittlungen.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja. Das sind keine Vorermittlungen.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Auf jeden Fall war das der Bereich, für den dann der Experte Dr. Günther zuständig war, ohne dass Sie näheren Kontakt gehabt hatten?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Jetzt stelle ich mir einmal die Phase der Übernahme der Dienstgeschäfte durch Sie vor. Ist es dort zu irgendeiner Form der Kommunikation über den hier in Rede stehenden Sachverhalt, also ein Briefing durch Dr. Günther in Ihre Richtung, gekommen? Hatten Sie da eine Übergabe? Sie haben eben mehrfach gesagt, dass Sie als Greenhorn dorthin gekommen sind. Das ist ja kein Vorfall wie jeder andere, sondern hat intern doch garantiert eine Riesenbedeutung. Hat Herr Dr. Günther Sie dann zumindest einfürend mal auf Stand gebracht?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Natürlich. Ich habe ja gesagt, dass es Gespräche mit Herrn Dr. Günther und auch mit dem Staatssekretär gab. Schließlich und endlich habe ich ja dieses Anhörungsschreiben unterschrieben. Das hätte ich nicht einfach so unterschrieben, ohne dass ich um den Hintergrund gewusst hätte. Da ist mir just die-

ser Hintergrund erzählt worden, der von mir gerade geschildert worden ist: dass der Landesrechnungshof hier seine Prüfungsbeanstandungen vorgetragen hat und dass noch weitere konkrete Sachverhalte im Raum standen, die überprüft werden mussten.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Ich darf Sie in diesem Zusammenhang auch ganz konkret auf das Schreiben vom 20. Juni 2006 ansprechen, das Sie gerade selber auch noch einmal angesprochen haben - für die Aktenfreaks: JM 19, Blatt 9351. Dieses Schreiben trägt - für mich überraschend - keinen Bearbeitervermerk und ist von Ihnen unterzeichnet. Haben Sie es selber angefertigt? Oder wer hat es formuliert?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich habe es nicht selber angefertigt, sondern ...

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Es ist ja eigentlich üblich, dass man aus einem Anschreiben ... Wir können es Ihnen auch gerne vorlegen.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein. Das wird so sein. Normalerweise steht der Bearbeiter auch in dieser Spalte.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Sie haben es aber unterzeichnet. Wissen Sie denn, wer das Schreiben geschrieben hat, wer die Vorlage dazu gemacht hat?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Es musste dazu einen Entwurf geben, und dieser Entwurf müsste paraphiert sein. Also, wenn Sie den Entwurf nicht vorliegen haben, dann weiß ich es nicht. Normalerweise unterzeichne ich nur, wenn ein Entwurf entsprechend paraphiert ist. Also, ich gucke nicht da oben, ob der Sachbearbeiter oder der Referent dort eingetragen ist, sondern ich lese nur den Entwurf.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Im Unterschied zu dem Schreiben von Herrn Dr. Schink, 16.06., werden hier in dem Schreiben vom 20.06.2006 ein paar ergänzende Vorhaltungen gemacht. Sie betrafen insbesondere das Auswahlverfahren bezüglich der Referatsleitung; vor dem Auswahltermin sollte da ja ein Gespräch stattgefunden haben. Das ist im Verhältnis zu dem Schink-Schreiben neu. Über den Hintergrund sind Sie vorher nicht informiert gewesen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich weiß ... Doch, ich weiß ... Ich sagte ja, es gab da...

(Holger Ellerbrock [FDP]: Die Fundstelle!)

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Das ist das Schreiben des Zeugen vom 20. Juni 2006. Das ist Ordner 19, Seite 9351, Justizministerium.

Wie gesagt, noch einmal mit Bezug auf die - so nenne ich es mal - Angelegenheit mit der Zeugin Delpino. Da wird hier dann dieser Vorwurf - ja, ich sage mal, als zusätzlicher Vorwurf, als nachgeschobene Begründung sozusagen - erhoben. Wie ist es dazu gekommen, dass das in dem Schreiben drinsteht? Sie haben es ja zumindest unterschrieben.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja. Also, wenn ich mich richtig erinnere, war es so, dass Frau Delpino entweder schriftlich oder mündlich beim Herrn Staatssekretär vorgesprochen und mitgeteilt hatte, dass das Personalauswahlverfahren, ihr Personalauswahlverfahren, nicht richtig gelaufen sei, sondern es sei manipuliert worden. Diesen Sachverhalt haben wir dann damals noch mit aufgenommen.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Ja, wenn Sie sagen, wir, wer denn genau?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, Dr. Günther.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Also, Sie gehen davon aus, dass die ...

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, ich gehe davon aus, dass ...

**Hans-Willi Körfges (SPD):** ... Basisinformationen von Herrn Dr. Günther stammen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, ja.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Sie haben es dann, sage ich mal, ohne eigenständige Überprüfung der Sachverhalte ...

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Wenn ich es jetzt richtig verstanden habe, haben Sie die Sachverhalte nicht noch einmal überprüft, sondern als gegeben angenommen.

Ich will, weil mich wundert, dass jetzt zum wiederholten Male ... Wir haben eben einen Zeugen vernommen, der an der einen oder anderen Stelle dann doch noch sehr detaillierte Informationen abrufen konnte, genau wie Sie: Jetzt kommt auf Nachfrage das eine oder andere heraus. Aber an einer Stelle ist dann immer so eine Beiläufigkeit, nach dem Motto: Natürlich haben wir mit der Hausspitze wir sprechen ja regelmäßig mit der Hausspitze. Sie wollen dann hier...

(Lothar Hegemann [CDU]: Das ist jetzt keine Kommentierung?)

- Lassen Sie mich mal, Herr Kollege. - Sie wollen hier allen Ernstes behaupten - ich mache einen Vorhalt und keine Belehrung -, sich an diese Gespräche in concreto nicht erinnern zu können? Können Sie sich nicht an ein einziges Gespräch zum Bei-

spiel mit dem Staatssekretär oder mit dem Minister zu diesen Sachverhalten im Detail erinnern?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich habe doch gesagt, dass ich mich mit Herrn Staatssekretär und mit Herrn Dr. Günther besprochen habe.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Ja, was ist denn da besprochen worden?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, was weiß ich, was da so im Einzelnen besprochen worden ist?

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Das ist das, was ich meine: Sie wissen nicht, was da im Einzelnen besprochen worden ist. Das ist also aus Ihrer Sicht alltägliches Geschäft gewesen, nicht besonders herausragend?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Es ging um die Kündigung eines Mitarbeiters. Das ist kein alltägliches Geschäft. Also, wir trennen uns nicht täglich von irgendwelchen Mitarbeitern. Aber was da im Einzelnen besprochen worden ist? Das ist jetzt drei Jahre her. Ich weiß noch nicht einmal, wann ich das letzte Mal meine Schuhe geputzt habe. Da können Sie mir also doch nicht vorhalten ...

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Das interessiert mich weniger, was Sie mir Ihrer Schuhpflege machen. Mich interessiert mehr,

(Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

was Sie aus den Gesprächen noch erinnern, und zwar jetzt mehr als „Wir haben darüber gesprochen“. Das kann doch wohl nicht sein, wenn Sie gerade sagen, das war ein außergewöhnlicher Vorgang, wir kündigen nicht so häufig Mitarbeiter, Klammer auf, in der Position, Klammer zu; Anmerkung von mir. Was ist Ihnen aus den Gesprächen mit dem Minister und dem Staatssekretär erinnerlich?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Mit dem Minister habe ich darüber nicht gesprochen. Ich habe gesagt, ich habe mit dem Staatssekretär...

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Was ist Ihnen aus dem Gespräch mit dem Staatssekretär erinnerlich?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Das weiß ich nicht mehr.

(Lothar Hegemann [SPD]: Herr Vorsitzender!)

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Das wissen Sie nicht mehr?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Ich habe dann keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Gut, dann ist als Nächster der Herr Kollege Schmitz dran.

**Wolfgang Schmitz (CDU):** Schönen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, ich will einmal auf ein anderes Thema zu sprechen kommen und hoffe, dass wir hier ein bisschen von den Wogen herunterkommen.

Ich zitiere § 12 Antikorruptionsgesetz. Das hat in Abs. 1 folgenden Wortlaut: Liegen Tatsachen vor, die Anhaltspunkte für Verfehlungen nach § 5 Abs. 1 darstellen können, zeigt die Leiterin oder der Leiter einer Stelle nach § 1 Abs. 1 diese dem Landeskriminalamt an. - Wie ist im MUNLV nach Ihrer Kenntnis diese Gesetzesvorschrift umgesetzt? Gibt es da eine interne Dienstanweisung, welche Dinge zu melden sind, welche Dinge nicht zu melden sind? Wie handhabt Ihre Behörde das?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Wir haben keine interne Dienstanweisung, wie mit solchen Fällen umzugehen ist.

**Wolfgang Schmitz (CDU):** Gibt es denn eine oder gab es, als Sie dahin kamen, eine Übung, nach welchen Gesichtspunkten dort dann gehandelt wurde, dass man sagte, das muss angezeigt werden, das muss nicht angezeigt werden? Wir haben ja eben über Gerüchte gesprochen, die es gibt. Wo ist für Sie persönlich der Punkt, wo Sie sagen, da muss ich auf das Antikorruptionsgesetz achten?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich war ja, wie gesagt, zwei Monate da. Ich kannte keine Übung, die in die eine oder andere Richtung ging und das MUNLV insofern also band.

**Wolfgang Schmitz (CDU):** Aber das Antikorruptionsgesetz gilt ja nicht nur für das MUNLV; das gilt ja auch für andere Behörden, und Sie waren ja vorher auch bei einer anderen Behörde.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, ja.

**Wolfgang Schmitz (CDU):** Also muss das Gesetz ja einen bestimmten Inhalt für Sie haben.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Also, es gab ... Sie hatten mich gefragt, ob es eine betriebliche Übung gegeben hätte, und ich kenne keine solche betriebliche Übung, und damals kannte ich die auch nicht.

Wolfgang Schmitz **(CDU)**: Dann ein anderes Thema. Frage: Sind Sie mit dem arbeitsgerichtlichen Verfahren befasst gewesen, oder ist das auch, so wie wir eben gehört haben, von Herrn Dr. Günther selbstständig geführt worden?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Es ist selbstständig geführt worden.

Wolfgang Schmitz **(CDU)**: Also keine Rücksprache mit Ihnen, etwa, ob der Vergleich oder ein Vergleich angenommen wird, wie das ...

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Nein.

Wolfgang Schmitz **(CDU)**: Okay. - Ist Ihnen etwas davon bekannt - das klang eben einmal so an -, dass bei dem Einstellungsverfahren der Frau Delpino nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sein soll?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Frau Delpino hat das ja selbst vorgetragen.

Wolfgang Schmitz **(CDU)**: Hat sie das Ihnen vorgetragen, persönlich, oder haben Sie das nur in einem Gespräch mit dem Staatssekretär oder mit irgendjemand anders gehört?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Ja, ich sagte ja bereits eben: Frau Delpino hat sich entweder schriftlich oder mündlich an den Herrn Staatssekretär gewandt und hat ihm diese Manipulation offenbart. Also, ich weiß nicht, wie sie es gemacht hat, ich weiß nur, dass sie es gemacht hat.

Wolfgang Schmitz **(CDU)**: Aber nicht Ihnen gegenüber?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Nein, nicht mir gegenüber; nein.

Wolfgang Schmitz **(CDU)**: Das war jetzt meine Frage.

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Nein.

Wolfgang Schmitz **(CDU)**: Dann noch eine andere Frage: Sagt Ihnen der Name Projekt MAPRO etwas?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Ja, das ist dieses berühmt-berüchtigte Projekt, aufgrund dessen der Landesrechnungshof seinerzeit aufgrund der anonymen Anzeige an das MUNLV herangetreten ist. Bei diesem MAPRO war ja evident, dass die beiden zuständigen Referatsleitungen der Abwasser- oder der Wasserabteilung eben nicht mitgezeichnet hatten, nicht schriftlich mitgezeichnet hatten, weil sie darauf hin-

gewiesen haben, dass die Mittel, wenn sie denn verausgabt würden, zweckwidrig ausgegeben würden. Des Weiteren hatten sie, glaube ich, darauf hingewiesen, dass es sich um kein Inhousegeschäft handeln würde.

**Wolfgang Schmitz (CDU):** Und dann sind die Mittel doch verauslagt worden?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Die sind dann verausgabt worden, ja.

**Wolfgang Schmitz (CDU):** Können Sie mir erklären oder mir sagen, wie dass dann gelaufen ist, dass die Mittel gleichwohl verauslagt wurden?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Da müssten Sie den Vertreter der Abteilung IV fragen; die müssen ja das Projekt anschließend abgenommen und dann auch entsprechend beglichen, bezahlt haben. Das weiß ich, dass das passiert ist, und das ist geschehen, nachdem das MUNLV seinerzeit auch die zivilrechtliche Angelegenheit hatte überprüfen lassen: Gibt es also unter Umständen Möglichkeiten, diese Zahlungen nicht zu vollziehen, obwohl die Leistung als solche offensichtlich erbracht worden ist?

**Wolfgang Schmitz (CDU):** Gut, ich habe im Moment keine Fragen weiter.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Als Nächster ist der Herr Kollege Stotko dran.

**Thomas Stotko (SPD):** Herr Henrich, wenn ich Sie falsch verstanden habe, dann sagen Sie es einfach. Ich habe Sie so verstanden: Wenn sich Verdachtsmomente erhärten, dann gehe ich dem nach, auch jetzt, wo ich kein Greenhorn mehr bin. Hat es in den letzten drei Jahren solche Anlässe gegeben, dass Verdachtsmomente sich erhärten, und Sie mussten in Ihrer Funktion ...

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Im Hause?

**Thomas Stotko (SPD):** Im Hause.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein.

**Thomas Stotko (SPD):** Gar nicht. - Das heißt, das wäre bisher der erste und einzige Fall für Sie gewesen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja.

**Thomas Stotko (SPD):** Als Sie davon erfahren haben, dass Frau Delpino entweder mündlich oder schriftlich dem Herrn Staatssekretär mitgeteilt hat, es habe - ich will

das einmal höflich formulieren - Mängel in ihrer eigenen Personaleinstellung gegeben, waren das für Sie Verdachtsmomente?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Verdachtsmomente für was?

**Thomas Stotko (SPD):** Verdachtsmomente dafür, dass Sie Ermittlungen anstellen müssen in Ihrer Abteilung, deren Leiter Sie sind.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Es ging hier doch um die Manipulation eines Verfahrens.

**Thomas Stotko (SPD):** Ja, da bestand die Möglichkeit...

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Diese Manipulation des Verfahrens ist ja schließlich und endlich dann auch als Grund für die fristlose Kündigung herangezogen worden. Das war die Konsequenz, die aus dieser Aussage von Frau Delpino gezogen worden ist.

**Thomas Stotko (SPD):** Für die fristlose Kündigung von Herrn Friedrich?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja.

**Thomas Stotko (SPD):** Ja, ich bin jetzt gerade bei der Frage, ob die Tatsache, dass Ihnen nicht per Flurfunk, sondern offensichtlich über den Staatssekretär mitgeteilt wurde, dass beim Einstellungsverfahren von Frau Delpino Mängel, wenn nicht sogar ein Eingehungsbetrug, was auch immer, vorgelegen hat ... Haben Sie denn dann angefangen, zu ermitteln?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Welcher Einstellungsbetrug hätte denn vorliegen sollen?

**Thomas Stotko (SPD):** Ja, wenn Frau Delpino sagt, bei ihrer Einstellung ist etwas nicht mit rechten Dingen ... So habe ich das verstanden. Sie haben doch gerade geschildert: Frau Delpino hat sich an den Staatssekretär gewandt...

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja.

**Thomas Stotko (SPD):** ... und habe ihm mitgeteilt, bei ihrer Einstellung sei etwas nicht mit rechten Dingen zugegangen.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich glaube, die Staatsanwaltschaft hat sich mit dieser Rechtsfrage auch befasst und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass kein Einstellungsbetrug vorliegt.

**Thomas Stotko (SPD):** Sie sind hier nicht der Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft, sondern Sie sind jetzt der Abteilungsleiter, den ich frage: Wenn sich die Verdachtsmomente erhärten - das war Ihre Formulierung -, dann würden Sie dem nachgehen. Als Sie erfahren haben, dass bei dem Einstellungsverfahren von Frau Delpino Mängel vorlagen, waren das für Sie keine Verdachtsmomente? Da gab es noch keine Entscheidung der Staatsanwaltschaft.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Gegenüber wem?

**Thomas Stotko (SPD):** Gegenüber Frau Delpino.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Warum soll ich gegenüber Frau Delpino ermitteln? Frau Delpino war doch das Opfer und nicht die Täterin.

**Thomas Stotko (SPD):** Disziplinarrechtlich, wollte ich nur fragen.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, disziplinarrechtlich.

**Thomas Stotko (SPD):** Ach so, waren Sie nicht der Meinung.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Disziplinarrechtlich setzt doch ein Dienstvergehen voraus, das wissentlich begangen wird, vorsätzlich begangen wird.

**Thomas Stotko (SPD):** Ja. Das lag da nicht vor?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein.

**Thomas Stotko (SPD):** Dafür, dass Frau Delpino selbst gesagt hat, sie würde mit einem Disziplinarverfahren rechnen - das steht in JM 1, Blatt 109 ff., 113.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, Frau Delpino ist keine Juristin. Wir mussten ... Also, tut mir leid. Ich kann nicht gegen jemanden ein Disziplinarverfahren eröffnen, wenn ich davon ausgehe, dass hier kein Dienstvergehen vorliegt.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Da fehlt die Kronzeugenregelung!)

Davon sind wir ausgegangen, dass sie Opfer der Angelegenheit ist und nicht Täterin. Also, wenn jemand angerufen wird - so war es ja offensichtlich - am Vorabend eines solchen Auswahlverfahrens und man serviert ihr quasi die Einstellungsfragen auf

dem silbernen Tablett, wüsste ich nicht, wer von Ihnen da nicht zugreifen und sich nicht bedienen würde. Spätestens da, würde ich sagen, liegt also keine Vorsätzlichkeit für ein Dienstvergehen vor.

(Heiterkeit und Unruhe)

**Thomas Stotko (SPD):** Ich will das nicht weiter auswalzen, weil ich langsam auf die Idee käme, dass Sie auch Beistand benötigen. Aber ich will noch einmal eines sagen. Das heißt jetzt im Klartext: Wenn Sie demnächst in Ihrem Ministeriumsbereich eine Stelle ausschreiben und erfahren - Sie brauchen sich nicht hilfeschend umzusehen -, dass derjenige die Fragen und Antworten vorher kennt, würden Sie ...

(Unruhe)

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Der Herr Kollege Stotko hat das Recht, jetzt hier eine Frage zu stellen.

(Zuruf von der CDU: Eine Frage! - Weitere Zurufe)

**Thomas Stotko (SPD):** Ich bin dabei, eine Frage zu formulieren. Wenn Sie nicht dazwischenriefen, würde es ja gehen. - Versuchen wir es noch einmal: Wenn Sie jetzt, in diesem Zeitpunkt, eine Stelle ausschreiben und erfahren würden, dass dem Bewerber am Abend vorher per Anruf die Fragen und mögliche Antworten formuliert worden sind, würden Sie sich dann in Bezug auf den Bewerber, der diese Stelle bekommen hat, die Gedanken machen und da eventuell disziplinarrechtliche Vorermittlungen einleiten?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein, ich würde das Auswahlverfahren stoppen.

**Thomas Stotko (SPD):** Nein, das wäre schon beendet. Sie würden das erst erfahren, nachdem der Kandidat bereits genommen wurde. Würden Sie dann in Vorermittlungen gehen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Das sind hypothetische Fragen, die mit dem Fall doch gar nichts zu tun haben.

**Thomas Stotko (SPD):** Herr Henrich, machen wir es ein bisschen einfacher; da sind wir nicht bei hypothetischen Fragen. Kommen wir noch einmal zu Ihrem Schreiben vom 20. Juni, was wir bereits benannt haben.

Sie haben vorhin gesagt, wenn sich Verdachtsmomente erhärten, dann mache ich etwas. Jetzt haben wir gerade gehört: aber nicht, wenn der Herr Staatssekretär oder der Herr Günther sagt, wir machen das selbst. So habe ich Sie zumindest verstanden, dass Sie als Greenhorn sich dann lieber herausgehalten haben und nicht unfroh waren. Wie hätten Sie denn dann das Gespräch am 22. Juni 2006 mit Herrn Friedrich führen wollen, wenn Sie von der ganzen Sache gar keine Ahnung haben?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Es ging um die Anhörung, ob er...

**Thomas Stotko (SPD):** Ja.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Wir haben letztendlich ja zwei Tatbestände in das Anhörungsverfahren mit eingeführt. Wir haben gesagt, es besteht der dringende Verdacht, dass er die Festplatte unterschlagen hat, und es besteht der Verdacht, dass er das Personalauswahlverfahren manipuliert hat. Zu diesen Vorgängen hätte ich ihn befragen können; ein einfaches Anhörungsverfahren.

**Thomas Stotko (SPD):** Dazu hatten Sie aber die Informationen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Wie oft soll ich denn das wiederholen? Ich hatte mit dem Herrn Staatssekretär und Dr. Günther gesprochen, was die Causa Delpino angeht, und ich wusste also auch, dass eine Festplatte aus seinem sichergestellten PC entfernt worden war. So; das wusste ich. Da hätte ich ohne Weiteres Herrn Friedrich fragen können, wie er sich dazu verhält.

**Thomas Stotko (SPD):** Wie haben Sie ...

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Dann hätte er mir eine Stellungnahme abgegeben, und die wäre dann eingeflossen.

**Thomas Stotko (SPD):** Wie haben Sie die Informationen denn bekommen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Welche Informationen?

**Thomas Stotko (SPD):** Die, wegen denen Sie ihn befragt hätten: Delpino und Festplatte.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, ich habe doch eben gesagt: Ich habe diese Informationen entweder von Herrn Dr. Schink oder von Herrn Dr. Günther oder von beiden gemeinsam bekommen. Auf jeden Fall: Diese Informationen hatte ich.

**Thomas Stotko (SPD):** Hat Herr Dr. Günther Sie dann gebeten, bei diesem Anhörungsschreiben auch das Gespräch zu führen, oder sollte Herr Dr. Günther das Gespräch führen? Was hatten Sie da mit ihm für den 22. Juni besprochen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich weiß nicht, was in dem Anhörungsschreiben als solches drinsteht. Auf jeden Fall also ... Ich hätte ihn wahrscheinlich angehört, wenn das so da drinsteht.

**Thomas Stotko (SPD):** Hätten Sie ihn auch zu den anderen Vorwürfen befragt, MAPRO, zu den Gründen für die fristlose Kündigung?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein. Sie wissen ja, ich kann ihn nur anhören zu den Vorwürfen, die ich ihm auch tatsächlich gemacht habe, und zu diesen Vorgängen - sprich also: Festplatte und Personalauswahlverfahren - hätte ich ihn dann befragt.

**Thomas Stotko (SPD):** Da möchte ich Ihnen aus Ihrem Schreiben zitieren, Blatt 9352, die zweite Seite. Sie schreiben auf Seite 1: Ich möchte Sie anhören. Ich lade Sie deshalb für Donnerstag, den 22. Juni, ein.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja.

**Thomas Stotko (SPD):** Und dann schreiben Sie - ich muss es jetzt leider grammatikalisch falsch vorlesen, damit ich richtig zitiere -: Neben die im Freistellungsschreiben genannten Sachverhalte sind weitere Vorgänge hinzugetreten, die ebenfalls Gegenstand der Anhörung sein sollen. - Ebenfalls. Also sollten doch die anderen, die Sachen aus dem Schreiben vom 16. Juni, ebenfalls Gegenstand Ihrer Befragung sein?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Kann sein. Kann ich mich jetzt nicht mehr daran erinnern. Wie gesagt, das Schreiben ...

**Thomas Stotko (SPD):** Soll ich noch einmal zitieren, oder war das jetzt...

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich bestreite das ja gar nicht, dass es da drinsteht.

**Thomas Stotko (SPD):** Also, Sie persönlich ... Wir hatten das Thema gerade schon einmal beim Kollegen Körfges, der Sie gefragt hat, wer hat das Schreiben denn verfasst?, worauf Sie sagten, weiß ich nicht so genau, aber ich habe es auf jeden Fall unterschrieben, dann wird wohl irgendwer paraphiert haben. Ich will jetzt nur fragen: Sowohl die Vorwürfe des 16. Juni - die sind ja unterschrieben von Herrn Dr. Schink - als auch die Vorwürfe vom 20. Juni, die zusätzlichen - Festplatte und Delpino -, sollten durch Sie am 22. Juni befragt werden, durch denjenigen, der uns jetzt - nehmen Sie es mir nicht übel - eine Dreiviertelstunde lang erklärt hat, er wisse nicht so viel und er sei als Greenhorn auch nicht unfroh gewesen.

Kann es sein - gehen Sie doch über die goldene Brücke -, dass die Fragen in der Befragung eher von Herrn Dr. Günther gestellt werden sollten, denn Sie haben in dem Einladungsschreiben zu der Anhörung nämlich ausdrücklich betont, dass er teilnehmen soll? Das wäre ja nichts Schlimmes.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Herr Stotko, ich weiß es nicht mehr. Ich weiß es nicht, was damals initiiert war, was vorgesehen war, ob ich also dieses Anhörungsverfah-

ren höchstpersönlich leite oder ob der Dr. Günther das machen sollte. Da gab es also meines Erachtens auch noch keine Abstimmungen und nichts.

**Thomas Stotko (SPD):** Gut, ich meine, das Gespräch hat dann, glaube ich, gar nicht stattgefunden.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Das Gespräch hat nicht stattgefunden, nein.

**Thomas Stotko (SPD):** Ich habe keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Vielen Dank. - Als Nächster Herr Kollege Kress.

**Karl Kress (CDU):** Herr Zeuge, wir haben heute hier gehört und mehrfach gehört, dass Herr Dr. Friedrich eine Eingabe des Landesrechnungshofes selbst beantwortet hat - das ist schon mehr als nur seltsam -, und wir sprechen ja heute hier nicht über Peanuts, was das Fiskalische, was die Vergabesumme insgesamt angeht.

Darum habe ich auch noch einmal eine Frage zu dem Projekt MAPRO. Wir sprechen über eine Fördersumme von über 1,2 Millionen €; das ist eine hohe Zahl. Die Abteilungsleiter - so ist uns das zur Kenntnis gebracht worden - haben die Vergabe für fachlich nicht nachvollziehbar und unnötig gehalten. Es hat ja die auch schriftlich dargelegten Differenzen zum Landesumweltamt gegeben. Das Landesumweltamt hat gesagt, wir können das selbst. Trotzdem ist die Vergabe erfolgt. Ist nach Ihrer Kenntnis die Vergabe mit dem persönlichen Ziel von Herrn Dr. Friedrich vorgenommen worden? Haben Sie Kenntnis von einer persönlichen Nähe zum Auftragnehmer?

Jetzt sage ich noch einmal: Nach Einschätzung des Landesrechnungshofes ist nicht ordentlich geprüft worden. Teilen Sie diese Auffassung als Chef der Abteilung I, und haben Sie Kenntnis von Umständen erlangt, die auf eine persönliche Nähe von Herrn Dr. Friedrich zum Auftragnehmer hinweisen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Herr Kress, ich hatte ja anfangs gesagt, ich bin erst zum 01.05.2006 ins Ministerium gekommen. Der Vorgang MAPRO war meines Wissens schon im Oktober 2005 anhängig. Ich weiß als damaliger Abteilungsleiter Z im Landesumweltamt, dass es da erhebliche Auseinandersetzungen zwischen Herrn Dr. Irmer, dem damaligen Präsidenten, und Herrn Dr. Friedrich gegeben hat über die Erforderlichkeit dieser Maßnahme, weil Herr Dr. Irmer der Meinung war, das könnte das LUA auch, das müsste also nicht zusätzlich beauftragt werden. Da gab es, glaube ich, auch eine schriftliche Remonstration an das MUNLV, dass man davon Abstand nehmen sollte, dieses Projekt MAPRO zu beauftragen. Davon weiß ich. Aber inwieweit da also irgendwelche kollusiven Verhalten in der Welt waren oder zu befürchten standen, das weiß ich nicht. Also, wie gesagt, über die Erforderlichkeit hat sich das LUA damals schriftlich ausgelassen und hat gesagt, das LUA könnte das selber.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Sie sind noch dran.

**Karl Kress (CDU):** Zusatzfrage: Es ist aber in Ihrem Hause nicht üblich, dass sich der Abteilungsleiter oder ein Abteilungsleiter über - ich sage das einmal so - die Fachkompetenzen seiner Mitarbeiter hinwegsetzt und sagt, so will ich es jetzt haben? - In der Politik ist das üblich, ja.

(Vereinzelt Heiterkeit)

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Es kommt darauf an, wie schwerwiegend diese Remonstration ist. Wenn ein rechtswidriges Verhalten gerügt wird, habe ich noch nie erlebt, dass ein Vorgesetzter sich über die entsprechenden Bedenken seiner Mitarbeiter hinweggesetzt hat. Wenn das lediglich eine andere Auffassung war, die auch vertretbar ist, dann hat man sich in der Tat schon darüber hinweggesetzt.

Hier ist ja bei dem Fall MAPRO ein rechtswidriges Verhalten gerügt worden. Deswegen haben ja Herr Spillecke und Herr Odenkirchen damals remonstriert. Normalerweise hätte Herr Dr. Friedrich sich über diese Remonstration nicht hinwegsetzen dürfen, sondern er hätte die Hausspitze informieren müssen - das hat er nicht gemacht -, und er hätte auch das Antwortschreiben an den Landesrechnungshof nicht selbst beantworten dürfen. Er hat also im Grunde genommen zwei Vergehen begangen.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Gut, dann ist jetzt Herr Remmel dran.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ich würde gern anschließen. Wir haben das eben auch schon einmal besprochen. Ist Ihnen denn bekannt, dass der Vergabe des Projektes MAPRO Ihr Vorgänger, Herr Pudenz, und der Herr Staatssekretär zugestimmt haben?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein. Wie das ministeriumsintern abgearbeitet worden ist, dieses Schreiben von Herrn Dr. Irmer, das weiß ich nicht.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Nein, nein, es geht nicht um das Schreiben von Herrn Dr. Irmer, sondern es geht um die Auftragsvergabe, wo die Kollegen suggerieren, es sei eine Eigenständigkeit von Herrn Dr. Friedrich gewesen. Ich wollte wissen, ob Sie über den Vorgang Kenntnis haben, dass diese Vergabe mit Einverständnis des Staatssekretärs und des Abteilungsleiters I erfolgt ist.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Das weiß ich nicht. Also, es ist schließlich und endlich vergeben worden, das Projekt, aber wer das nun intern abgesegnet hat und über wessen Schreibtisch es gelaufen ist, das weiß ich nicht.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Darüber haben Sie keine Informationen und haben sich auch nicht...

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Nein, es war ja, wie gesagt, bereits im Oktober 2005.

Johannes Remmel (GRÜNE): Das war ja auch Gegenstand weiterer Untersuchungen. Darüber haben Sie sich nie sachkundig gemacht als Abteilungsleiter I, was Ihr Vorgänger genehmigt oder nicht genehmigt hat?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Für mich kommt es nicht darauf an, was mein Vorgänger genehmigt hat, sondern für mich kommt es darauf an, ob ein Projekt rechtswirksam vergeben worden ist, und wenn das der Fall ist, haben wir da eine zivilrechtliche Ausgangssituation, die ich berücksichtigen muss.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut, dann würde ich mich gerne der Fragestellung „strafrechtliche Ermittlungen und Korruptionsvorwürfe“ widmen. Ich möchte auch gern die Gelegenheit geben, dem Eindruck der etwas organisierten Verantwortungslosigkeit, der hier eben entstanden ist, entgegenzuwirken. Ich möchte zitieren aus dem Vermerk oder dem Schreiben des Staatssekretärs an Herrn Uhlenberg, den ich eben schon einmal zitiert habe, vom 18.06.2006. Also zwei Tage nach der Suspendierung berichtet Herr Staatssekretär an den Minister über die Suspendierung. In diesem Schreiben steht - ich zitiere -: Angesichts der Häufung der Vergaben an bestimmte Ingenieurbüros und Universitätsinstitute liegt der Verdacht eines kollusiven Zusammenwirkens nahe.

Sie haben gerade den - deshalb komme ich noch einmal darauf - Begriff der Kollusion selber verwandt. Am 18.06. waren Sie auch schon im Amt. Deshalb frage ich: Welche Diskussion hat es zwischen Ihnen und dem Staatssekretär oder Ihrem Mitarbeiter über diese Frage des kollusiven Zusammenwirkens gegeben?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Nein, ich hatte anschließend mit dieser Fragestellung, mit dieser zivilrechtlichen Fragestellung zu tun, ob es gegebenenfalls Rückforderungsansprüche des Landes gegenüber der RWTH Aachen oder der Ruhr-Universität Bochum oder den entsprechenden Instituten geben könnte, also Rückforderungsansprüche, die daraus resultieren, dass unter Umständen ein kollusives Zusammenwirken vorhanden ist bzw. die Abwasserabgabemittel zweckwidrig verwandt worden seien. Dieser zivilrechtlichen Fragestellung bin ich nachgegangen. Aber das war viel, viel später, nämlich im Jahre 2008.

Johannes Remmel (GRÜNE): Wann sind Sie denn das erste Mal als Abteilungsleiter mit der Fragestellung konfrontiert gewesen, ob es vielleicht auch um Korruption ging? Sie haben eben das Korruptionsgesetz erwähnt, nach dem Sie hätten tätig werden müssen.

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Das habe ich nicht erwähnt, sondern das ist von Ihren Kollegen erwähnt worden.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Sie haben gesagt, nach dem Korruptionsgesetz musste ich tätig ... Aber es ist egal.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Seit wann haben Sie mit dem Tatbestand der möglichen Korruption ... Wann sind Sie damit konfrontiert worden?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Wann ich das erste Mal damit konfrontiert worden bin?

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ja.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich glaube, im Umweltausschuss. Da wurde das erstmalig hochgespielt. Für das Haus war das überhaupt nicht von Relevanz. Wie gesagt, wir haben alle Möglichkeiten eruiert, rein rechtlich gesehen, inwieweit Vergabeverstöße vorhanden gewesen sind; aber wir haben nie in Richtung Korruption gedacht und auch - ich glaube, Ihre Frage geht darauf hinaus - nie eine Anzeige wegen Korruption stellen wollen. Also ...

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Darf ich Ihnen einige Vermerke bzw. Zitate vorhalten, wozu Sie dann bitte Stellung nehmen mögen? Am 3. Juli beschwert sich eine Frau Franzkowiak bei Herrn Staatssekretär und bringt Korruptionsvorwürfe in den Raum. Herr Staatssekretär leitet das Schreiben an Sie weiter mit der Bitte, es in die laufenden Untersuchungen mit einzubeziehen. Sie haben gesagt, Sie haben den Korruptionsvorwurf erst im Umweltausschuss, also zwei Jahre später, das erste Mal mitbekommen. Hier bekommen Sie ein Schreiben des Staatssekretärs, wo insbesondere die Frage der Korruption in laufende Untersuchungen einzuführen ist. Deshalb frage ich Sie: Wie sind Sie mit diesem Schreiben bzw. diesem Vorwurf umgegangen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Von wann ist das Schreiben?

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Das Schreiben ist vom 3. Juli 2006.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Also, tut mir leid; an dieses Schreiben kann ich mich nicht erinnern.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** MUNLV, Band 2, Blatt 1 bis 4.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** An dieses Schreiben kann ich mich nicht erinnern.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut, dann frage ich Sie: Am 11. August 2006, also auch zwei Jahre, bevor Sie angeblich im Umweltausschuss erfahren haben, dass über Korruption geredet worden ist, bekommen Sie einen Aktenvermerk von Herrn Dr. Günther über ein Gespräch mit Frau Frotscher-Hoff bezüglich des Verhältnisses IFO-Institut, das verdächtigt wird, Herrn Friedrich einen Frankreich-Urlaub finanziert zu haben, MUNLV, Band 3, Blatt 191 ff., also zwei Jahre vorher. Frankreich-Urlaub, das muss Ihnen doch direkt die Augen geöffnet haben: Korruption.

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Das ...

Johannes Remmel (GRÜNE): Wie haben Sie das bearbeitet?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Das hat Herr Dr. Günther bearbeitet, das habe ich dem weitergegeben.

Johannes Remmel (GRÜNE): Also, Sie haben Korruption gar nicht gesehen und haben es direkt an ...

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Nein, der sollte das prüfen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Dr. Günther sollte die Frage der Korruption prüfen?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Herr Dr. Günther hat alle entsprechenden Prüfungen durchgeführt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Also stand zu diesem Zeitpunkt der Korruptionsvorwurf im Raum?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja, aber...

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Also, ich kann mich an dieses Schreiben, wie gesagt, an diesen Vermerk, den Sie jetzt zitieren, auch nicht erinnern. Ich kann mich nur an den Sachverhalt erinnern, dass vorgetragen worden ist, irgendwann einmal, Herr Dr. Friedrich habe in Frankreich, was weiß ich, mit seiner Lebensgefährtin oder wie auch immer umsonst gewohnt, umsonst Ferien gemacht, er habe auch einmal einen Pkw umsonst gestellt bekommen von irgendeiner Firma. Das habe ich irgendwann einmal gehört. Inwieweit das also jetzt eingepackt ist in diesen Aktenvermerk, weiß ich nicht. Auf jeden Fall - das gebe ich zu - ...

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ordnen Sie das denn dem Bereich Korruption zu?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Für mich waren das ... Also, wenn das zuträfe - das weiß ich ja nicht -...

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Das sind ja alles Verdächtigungen, schwirrende Gerüchte.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja. Wenn das zuträfe, dann würde ich das also ... Das hatte ich ja eben schon gesagt. Wenn sich der Verdacht konkretisieren würde, dass solche Verhaltensmuster hier praktiziert worden wären, dann hätte ich das zunächst einmal auch als Korruption, wenigstens als Korruptionsverdacht, aufgefasst.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Also hat es in 2006, Mitte des Jahres, Juni, Juli, August, diese Fragen nach Korruptionstatbeständen gegeben, und Sie hatten Kenntnis davon?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich hatte von diesem Sachverhalt - das habe ich ja gesagt - Kenntnis.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Sprechen Sie bitte ein bisschen mehr ins Mikrofon! Es ist unheimlich anstrengend, Ihnen zuzuhören!)

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Also, Sie hatten von diesem Sachverhalt...

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, Entschuldigung. - Von diesem Sachverhalt habe ich Kenntnis. Ob das allerdings der Erkenntnisstand war, den Sie gerade zitieren, ob das im Jahre 2006 war oder ob das später war, das weiß ich nicht mehr.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Aber Sie haben das selber nicht bearbeitet, sondern Sie haben das an Herrn Dr. Günther weitergegeben, weil Herr Dr. Günther für die Frage Korruptionsermittlungen zuständig war.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich weiß auch gar nicht, ob das ein Aktenvermerk ist, der über meinen Schreibtisch gegangen ist.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Man kann dem Zeugen auch den Aktenvermerk zeigen, um sein Erinnerungsvermögen zu stützen.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Also, noch einmal: MUNLV, Band 3, Blatt 191 ff.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Wir suchen das eben einmal heraus, Herr Henrich; dann können Sie sich das einmal anschauen.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Und dann gleichzeitig der 16.06. bzw. 18.06.; das ist MUNLV, Band 1, Blatt 45.

*(Dem Zeugen werden Schriftstücke vorgelegt.)*

Wir haben das hier. Sie haben das im Übrigen auch abgezeichnet.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja? Ich weiß es nicht mehr.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Wir legen die Originalakten vor.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein, das ist schon klar. Ich kenne meine Paraphe.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Also, Sie haben von dem angeblichen Korruptionsvorwurf oder Korruptionsverdacht im August 2006 ...

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Von dem Sachverhalt habe ich gehört. Wenn der Sachverhalt in diesem Vermerk drinsteht, dann ja.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Dann warten wir jetzt noch einmal, damit wir ganz sicher sind. Frau Dr. Graf zeigt Herrn Henrich jetzt den Vermerk.

*(Dem Zeugen werden weitere Schriftstücke vorgelegt.)*

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Band 1, Blatt 45.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, das ist meine Paraphe. Das bestreite ich nicht, nein.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Das heißt also, Ihre Aussage eben, dass Sie von der Frage Korruption erst im Jahr 2008 erfahren haben, ...

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Davon nehme ich jetzt Abstand.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** ... müssen Sie jetzt revidieren, ...

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, genau.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** ... da die Frage Korruption schon Mitte des Jahres 2006 Gegenstand von Vermerken, Gesprächen im Umweltministerium gewesen ist.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Also da, gebe ich zu, das ist meine Paraphe (akustisch unverständlich)

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Gut, dann würde ich gern noch nach einem Vorgang vom 30.05. fragen. Hier geht es, auch zu Ihrer Amtszeit, um eine ...

(Zuruf: Welches Jahr?)

- Wie bitte? 30.05. 2006. Das ist MUNLV. Ich frage einfach nach dem Vorgang. Es geht um die 12. Kölner Abfalltage 2003. Da soll Herr Friedrich angeschrieben werden, 30.05.2006, ob er für die Kölner Abfalltage eine Nebentätigkeitserlaubnis hat. Das ist MUNLV, Band 1, Blatt 1 ff. Das Schreiben ist unterzeichnet von Herrn Dr. Günther, und die Frage ist, ob Sie von dem Vorgang Kenntnis haben. Da soll es darum gehen, dass er für diese Nebentätigkeit auch entsprechendes Entgelt bekommen hat. Einlader war übrigens der spätere Staatssekretär Schink, früher Landkreistag.

(Zuruf: Kölner Abfalltage?)

**Johannes Remmel (GRÜNE):** - Kölner Abfalltage 2003. Ist Ihnen der Vorgang irgendwie bekannt?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Also, wie gesagt, mir ist bekannt, dass ... Also, ob der Vorgang ... Der ist mir als solcher konkret nicht bekannt, sondern es geht ja darum, dass auch in dem Anhörungsschreiben gesagt worden ist, es sind Reisekosten falsch abgerechnet worden, es sind Nebentätigkeiten nicht angezeigt worden. In diesem Sachzusammenhang kann ich das nur einordnen. Also, Kölner Abfalltage, das mag sein.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Sollen wir Ihnen Ihre Paraphe auch zeigen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein, das kann sein. Da war ich gerade einen Monat da.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Dann würde ich gerne weiter fragen. Am 17. November 2006, MUNLV, Band 4, Blatt 107, sind Sie per Mail gebeten worden, an einer Lagebesprechung mit dem Minister teilzunehmen, Sie und Herr Dr. Günther. Was war Gegenstand dieser Besprechung?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Keine Ahnung. Wir haben des Öfteren Lagebesprechungen gehabt, jeden Montag.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Sie haben eben dargestellt: In Sachen Ermittlungsverfahren haben das eigentlich der Herr Dr. Günther und der Herr Staatssekretär gemacht; da war ich gar nicht beteiligt. Wir stoßen jetzt hier auf eine Einladung durch

das Ministerbüro, Termin am 17. November 2006, und es ging offensichtlich um das strafrechtliche Ermittlungsverfahren.

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Das stimmt nicht ganz, was Sie gerade eben ausgeführt haben. Ich habe sehr wohl gesagt, dass ich mit Herrn Dr. Schink und Herrn Dr. Günther öfter einmal zusammengesessen habe. Also, wenn Sie sagen, ich hätte das ganz anders herübergebracht, stimmt das nicht. Wir haben des Öfteren Lagebesprechungen. Natürlich ist da auch über die Causa Friedrich gesprochen worden. Aber ob das am 17.11. war, weiß ich nicht. Mag sein, mag auch nicht sein.

Johannes Remmel (GRÜNE): Was war denn Gegenstand dieser Lagebesprechung beim Minister?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Wir sprechen wöchentlich in der Lage mit dem Minister. Was da am 17.11. besprochen worden ist...

Johannes Remmel (GRÜNE): Mit Herrn Dr. Günther? Wöchentliche Gespräche mit Herrn Dr. Günther und Ihnen?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Nein, nicht mit Herrn Dr. Günther.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ja, aber dieses Gespräch muss mit Herrn Dr. Günther gewesen sein. Findet das wöchentlich statt?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Nein.

Johannes Remmel (GRÜNE): In welchen Abständen finden solche Lagebesprechungen - Sie, Herr Dr. Günther beim Minister - statt?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Nein, es finden wöchentlich Lagebesprechungen beim Minister ohne Herrn Dr. Günther statt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Hier geht es insbesondere um ein Gespräch, das Sie und Herr Dr. Günther beim Minister hatten. Ich frage, in welchen Abständen diese Gespräche stattfinden.

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Soviel ich weiß, war einmal Herr Dr. Günther dabei. Da ging es um PFT.

Johannes Remmel (GRÜNE): Am 17. November 2006?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Kann sein. Also, da ging es um PFT und gleichzeitig natürlich auch um die Causa Friedrich, wie das einzuordnen war. Aber wie das im Einzelnen war...

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Welche Aufgaben haben denn Sie und Herr Dr. Günther im Zusammenhang mit PFT? Sie sind Abteilungsleiter I, Herr Günther Referat I.4.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** PFT war damals aber sehr akut, und deswegen ... Gerade Herr Dr. Friedrich hatte sich in der Vergangenheit mit dieser Problematik, soviel ich weiß, sehr oft auseinandergesetzt, fachlich auseinandergesetzt, und da gab es ja auch Vorwürfe im Raum, dass das Ministerium auf diese PFT-Problematik nicht adäquat antworten würde.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Das heißt also, es gab ein Gespräch mit dem Minister unter Beteiligung des Abteilungsleiters I und des für Strafermittlungen und Disziplinarverfahren zuständigen Referatsleiters Dr. Günther zum Thema PFT und Ermittlungsverfahren? Ich will ja nur noch einmal klarstellen, klar haben, ob das so war.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, ich kann mich, wie gesagt, nicht im Einzelnen daran erinnern, was da besprochen worden ist.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Aber es ging um PFT und ...

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Es kann sein.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** ... um dieses Ermittlungsverfahren?

(Holger Ellerbrock [FDP]: Lagebesprechung!)

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Es kann sein. Es kann sein.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Eben haben Sie gesagt, es ging um PFT (akustisch unverständlich)

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich habe gesagt, es kann sein.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Nein, nein, das sagen Sie gerade. Eben haben Sie gesagt, es ging um PFT.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Gut, dann sage ich: Es kann sein. Es sind auch immerhin schon wieder drei Jahre vergangen.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Aber Sie können sich daran erinnern, dass es eine Lagebesprechung beim Minister gegeben hat, wo es um die Frage Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit PFT ging. Daran können Sie sich erinnern?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ob das wegen PFT war oder ... Das vermag ich ... Wie gesagt, ich würde mich da selbst jetzt... Ich soll ja die Wahrheit sagen. Ich weiß nicht, was da im Einzelnen besprochen worden ist. Da müssen Sie mir auch konzedieren ...

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Ich muss Ihnen sagen, ich habe den Begriff PFT nicht eingeführt; den haben Sie eingeführt. Ich habe nach Ermittlungsverfahren gefragt. Sie haben den Begriff PFT eingeführt.

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ich meine ...

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Deshalb gehe ich davon aus, dass Sie eine gewisse Erinnerung an diesen Gesprächstermin haben.

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ja. Es kann auch sein, dass ich das verwechsele. Ich kann das mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit hier nicht zu Protokoll geben, dass es sich bei dieser Besprechung um die Thematik PFT handelte. Die ist mir nur jetzt eingefallen, weil, wie gesagt, Herr Dr. Friedrich in der Vergangenheit just wegen dieser Thematik immer wieder dem Umweltministerium vorgeworfen hatte, es würde nicht entsprechend agieren.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Können Sie denn vielleicht noch einmal aus Ihrer Sicht den konkreten Zusammenhang zwischen Ermittlungsverfahren und PFT darstellen, so wie Sie das wahrgenommen haben?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Das kann ich Ihnen nicht darstellen.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Ja, Sie haben es ja gerade eingeführt. Welchen Zusammenhang gibt es aus Ihrer Sicht?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Es gibt meines Erachtens keinen Zusammenhang.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Trotzdem hat es entsprechend mehrfach Gespräche gegeben?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Es gab keine mehrfachen Gespräche.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Am 17. möglicherweise.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich habe gesagt, es mag sein, dass das Thema eine Rolle gespielt hat, aber ich habe nicht gesagt, dass es eine Rolle gespielt hat.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Gut, dann würde ich gerne mich noch einmal ... Darüber bin ich eben etwas gestolpert. Sie haben bei meiner Frage, wie Sie sich vorbereitet haben, auf die Umstände hingewiesen, dass Sie ja so viele Akten gesehen hätten und dass Sie das gar nicht - was man verstehen kann - alles hätten lesen können. Welche Akten sind das denn genau, die Sie gesehen haben, und welchen Umfang haben diese Akten?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Die Akten, die ich gesehen habe, sind die Akten, die mir von Herrn Stöckl parallel zu der Übergabe an den PUA übergeben worden sind. Das sind im Grunde genommen die Akten, die von Herrn Dr. Günther geführt worden waren.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Das heißt also, Sie haben sämtliche Aktenbestände zur Kenntnis bekommen, die auch der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Kenntnis bekommen hat?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Das weiß ich nicht. Ich habe neun oder zehn Akten bekommen, Aktenordner. Ob das jetzt alle waren, die an den PUA gegangen sind, oder nicht, vermag ich nicht zu sagen. Mehr habe ich auf jeden Fall nicht.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Da hätte ich schon Fragen zum Verfahren, die ich aber später noch einmal anmelden möchte.

Ich bin auch deshalb darüber gestolpert, weil bisher ... Fragen wir anders herum: Woher ist Ihnen bekannt, dass der Landesrechnungshof eine anonyme Mail geschickt hat? Bisher ging es um eine anonyme Anzeige des Landesrechnungshofes.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Weiß ich nicht.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Sie haben eben von einer anonymen Mail gesprochen.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich ging davon aus, dass es eine Mail gewesen ist.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Woher wissen Sie das?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Wenn Sie mich so fragen: Ich weiß nicht, ob das eine Mail war oder ob das ein Schreiben war oder wie auch immer. Ich habe gesagt, ich habe diese Akten en detail nicht gelesen, sondern ich bin mit dem groben Finger darüber hinweggegangen.

Johannes **Remmel (GRÜNE)**: Aber dann sind Sie doch bei diesem groben Studium möglicherweise daraufgestoßen, dass es eine anonyme Mail...

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Es gab eine anonyme Anzeige, habe ich gesagt. Oder habe ich ...

Johannes **Remmel (GRÜNE)**: Nein, nein, Sie haben anonyme Mail...

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Na gut, dann sage ich, es war eine Anzeige, eine anonyme Anzeige. Ob das in Mail-Form war oder ob das in Form eines Schreibens war, weiß ich nicht.

Johannes **Remmel (GRÜNE)**: Gut, dann würde ich Sie gerne noch etwas anderes fragen wollen. - Das LKA hat mehrfach das MUNLV besucht.

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ja.

Johannes **Remmel (GRÜNE)**: Waren Sie über die Besuche informiert?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ich habe gesagt, dass ich schon informiert war, dass die Damen oder Herren oder wer auch immer im Haus waren, aber dass ich bei keinem einzigen Gespräch mit dabei war.

Johannes **Remmel (GRÜNE)**: An wie viele Besuche des LKA in Ihrem Haus können Sie sich erinnern?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ich kann mich an keinen einzigen erinnern, denn ich war bei keinem dabei. Es gab ständig Kontakte zwischen Herrn Dr. Günther und dem LKA.

Johannes **Remmel (GRÜNE)**: Das können Sie aber bestätigen, dass es ständigen Kontakt sozusagen zwischen ...

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ja, das war ja ...

Johannes **Remmel (GRÜNE)**: Über welchen Zeitraum würden Sie den ständigen Kontakt beschreiben wollen?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Also, im Jahr 2007. Wie oft und wie intensiv, das weiß ich nicht. Auf jeden Fall war der Kontakt im Jahr 2007 da. Er war auch später da. Ich glaube, ist jetzt noch da.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Also, 2007, 2008, 2009 hat es ständigen Kontakt zwischen Herrn Dr. Günther und ...

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nehme ich an. Also, wie gesagt, er berichtet mir nicht von jedem Kontakt - jeder Kontakt heißt ja, jedes Telefonat oder jede E-Mail -, der zwischen ihm und LKA gelaufen ist.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Aber er berichtet schon, dass er noch Kontakt mit dem LKA hat? Weil Sie sagen, er hat aktuell auch noch Kontakt mit dem LKA. Dann müsste er ja berichten.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein. Das letzte Mal - das weiß ich definitiv -, dass er Kontakt mit dem LKA hatte, war, als wir diese zivilrechtlichen Überlegungen angestellt haben, ob wir, ob das Land Rückforderungsansprüche gegenüber diesen Universitäten bzw. An-Instituten hat.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Gut, dann frage ich, ob es denn üblich ist, dass Beförderungen innerhalb Ihres Hauses dem LKA bzw. der Staatsanwaltschaft mitgeteilt werden.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Beförderungen?

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ja, Beförderungen.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Davon weiß ich nicht, dass Beförderungsvorgänge an das LKA weitergegeben werden.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Oder die Staatsanwaltschaft.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Das war höchstens die Delpino-Sache.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Darüber sind Sie informiert?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein, darüber bin ich nicht informiert.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Dann frage ich konkret: Sind Sie darüber informiert, dass Herr Dr. Günther im Jahr 2007 die Beförderung, die Nachricht über die Beförderung von Frau Delpino und Frau Frotscher-Hoof an die Staatsanwaltschaft übermittelt hat?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Davon bin ich nicht informiert.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Als zuständiger Abteilungsleiter I sind Sie nicht darüber informiert, wenn über Beförderungen Ihres Hauses sozusagen die Staatsanwaltschaft informiert wird?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ich bin nicht darüber informiert.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Dann würde ich gern noch einmal auf den Vorgang Delpino zurückkommen, und zwar in einer ähnlichen Fragestellung wie eben der Kollege Stotko. Es steht die ganze Zeit die Annahme im Raum, dass dieses Bewerbungsgespräch möglicherweise ... Sie haben ja darauf hingewiesen - es ist ja auch eingestellt von der Staatsanwaltschaft -, dass die Einstellung nicht ordnungsgemäß zustande gekommen ist. Das ist eine Annahme. Dies hat die Frau Delpino dem Staatssekretär offenbart, und es ist Ihnen bekannt geworden. Hätte es nicht eine Verpflichtung von Frau Delpino gegeben - einmal angenommen, die Tatsache stimmt und sie wäre unrechtmäßig zu ihrer Stelle gekommen -, dies direkt zum Zeitpunkt aus der Dienstverpflichtung als Beamtin heraus anzuzeigen?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Da müssen Sie Frau Delpino fragen.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Nein, das ist ja eine personalrechtliche Bewertung, nach der ich Sie frage. Ist es aus personalrechtlicher Sicht... Dafür sind Sie im Ministerium verantwortlich; Sie sind Abteilungsleiter I. Wäre es aus personalrechtlicher Sicht - Sie als Dienstvorgesetzter - richtig gewesen, dass, wenn jemand einen Vorteil erlangt, wobei ich das jetzt wirklich nur als Hypothese in den Raum stelle - ob das tatsächlich so gewesen ist, würde ich in Abrede stellen - ... Aber wenn es so wäre - Konjunktiv -, dass jemand einen Vorteil erlangt, den er unrechtmäßig erlangt, müsste er als Beamter dann nicht sofort sozusagen den Vorgesetzten, Sie oder Herrn Staatssekretär, darüber informieren?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Um sich selber zu belasten? Das können Sie nicht erwarten.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Das kann man nicht erwarten, das muss man nicht.

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Das erwarten Sie ...

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Nein, die Frage ist, ob Sie das geprüft haben.

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Das ist meines Erachtens etwas lebensfremd. - Nein, haben wir nicht geprüft.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Haben Sie nicht geprüft?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Nein.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Gut, dann würde ich mich gerne noch dem Komplex Gutachten ... Nein, erst einmal MAPRO. Sie haben in Ihrem Eingangsstatement geschildert, dass Sie Abteilungsleiter Z des LUA gewesen sind und insofern über Vorgänge mitbekommen haben, dass sich das Landesumweltamt 2005 hinsichtlich der Vergabe von MAPRO an das Ministerium gewandt hat. Waren Sie an diesen Eingaben beteiligt?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ich habe mit Herrn Dr. Irmer darüber gesprochen. Beteiligt war ich nicht.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Diese Schreiben sind auch damals nicht über die Abteilung I im LUA gelaufen, sondern direkt?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Die sind über den Schreibtisch von Herrn Dr. Irmer gelaufen. Das war die Fachabteilung.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Aber für Vergaben und Aufträge ist doch die Zentralabteilung zuständig.

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ja, für Vergaben und Aufträge des LUA wäre ich zuständig gewesen, aber nicht für das Ministerium.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Aber hier ging es ja um möglicherweise dem LUA entgangene Aufträge. Da waren Sie auch nicht zuständig?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Es geht nicht um entgangene Aufträge, sondern es ging darum, ob es aus fachlicher Sicht erforderlich war...

(Holger Ellerbrock [FDP]: Näher ans Mikrofon!)

- Entschuldigung. Es ging darum, ob es aus fachlicher Sicht erforderlich war, das MAPRO-Projekt an Dritte zu vergeben. Das ist eine Fachbeurteilung; die hat damals mit der Abteilung I des LUA überhaupt nichts zu tun gehabt.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Dann waren Sie nicht beteiligt; nur mündlich hat es Gespräche mit Herrn Irmer gegeben.

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ja.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Dann würde ich gerne noch auf einen weiteren Sachverhalt zu sprechen kommen. Es hat - auch im Jahre 2005 noch - zwischen Landesumweltamt und Ministerium eine Auseinandersetzung über eine Untersuchung gege-

ben. Ich nenne einmal das Stichwort Mummert & Partner. Was ist Ihnen dazu bekannt?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Ich weiß, dass es da Streit gab, aber es gab ja immer Streit zwischen Herrn Dr. Irmer und Herrn Dr. Friedrich. Ich wusste natürlich, dass es da eine solche Organisationsuntersuchung geben sollte und dass sich Herr Dr. Irmer mit Vehemenz dagegen ausgesprochen hat. Da ging es, soviel ich mich jetzt erinnere, um den Abwasserbereich, ob der im LUA richtig organisiert sei oder nicht, wenn ich mich also richtig erinnere.

Johannes Remmel (GRÜNE): In welchem Zusammenhang ist das zu betrachten? In welchem Zusammenhang steht diese konkrete Untersuchung? Hat es da irgendwelche Vorgespräche gegeben, auch im Ministerium, an denen Sie möglicherweise beteiligt waren?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Es gab immer wieder die Situation, dass Herr Dr. Friedrich und die Fachabteilung in die Bereiche des LUA hineinregiert haben. Das hat Herrn Dr. Irmer überhaupt nicht konveniert, weil er sich mit Nachdruck dagegen ausgesprochen hat, dass er, wie er sagte, vom Ministerium gegängelt würde.

Johannes Remmel (GRÜNE): Um welchen konkreten Sachverhalt ging es denn in diesem Zusammenhang?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Weiß ich nicht mehr. Wie gesagt, es ging offensichtlich ... Wenn ich mich richtig erinnere, ging es um die Frage: Ist die Fachabteilung richtig organisiert, ist sie effizient aufgestellt, oder gibt es da Möglichkeiten, die Arbeit zu optimieren?

Johannes Remmel (GRÜNE): Ging es nur um die Frage, wie das Geld eingenommen wird, oder was war Gegenstand dieser...

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Weiß ich nicht mehr.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie als Abteilungsleiter I waren in die Untersuchungen auch nicht involviert?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Die Untersuchungen gingen ja, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe, vom Ministerium aus, vom MUNLV aus, von Herrn Dr. Friedrich aus.

Johannes Remmel (GRÜNE): Im LUA waren Sie daran gar nicht beteiligt?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein. Das weiß ich nur darum, dass Herr Dr. Irmer sich mit Nachdruck gegen diese Begehren von Herrn Friedrich zur Wehr gesetzt hat.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Hat es denn Untersuchungen auch darüber hinaus gegeben, von bestimmten Umständen im LUA?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Wie darf ich das verstehen?

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Das ist ja sozusagen eine Fremdvergabe. Sie sagen, das sei ständig sozusagen ein Konflikt zwischen Herrn Friedrich und dem Landesumweltamt gewesen. Hat es über die Fremdvergabe Mummert & Partner hinaus Untersuchungen von Zusammenhängen im LUA gegeben, Organisationsuntersuchungen oder Vergabeuntersuchungen, was weiß ich?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Es gab ständig Streit und Krach. Das fing an auf der menschlichen Basis, dass man sich gestritten hat, teilweise recht kindisch, aber ...

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ihnen sind sonst keine Untersuchungen, die systematischer Natur waren, bekannt?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Okay.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Vielen Dank. - Als Nächster ist Herr Ellerbrock dran.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Das ist jetzt richtig umfangreich durch die ganzen Fragen; tut mir leid. - Herr Henrich, da gab es ja Vorwürfe vom 16. Jetzt muss ich mich wieder auf Ihre Bitte beschränken: MUNLV 1, Blatt 331 bis 332. Am 13. oder 15.06. gab es diese fristlose Kündigung. Dann ist noch einmal etwas am 17.06. - das ist dann der Brief von dem Dr. Günther - gekommen, und darin steht, dass AL F., also Abteilungsleiter Friedrich, umstritten war. Dann gab es da Vorwürfe; die wurden ein bisschen konkretisiert, was da jetzt so umstritten war. Dazu will ich Sie jetzt befragen.

Die alten Vorwürfe vom 16.06. waren MAPRO; dazu haben wir uns eben ausgetauscht. Dann ist das am BdH vorbeigegangen, war ein Vorwurf. Dann war ein Vorwurf da, fremde Passworte zu benutzen. Der nächste Vorwurf war diese Reisekostenkiste, und dann war auch Mobbing da. Dann ist später nachgeschoben worden ... Nicht nachgeschoben worden; das hört sich negativ an. Dann ist später noch einmal weiter im Zusammenhang mit der Anhörung der Problemkreis Festplatte und Einstellung Delpino gekommen. Das ist der Problemkreis, über den wir uns unterhalten. Sagen Sie doch einmal etwas zu dem Problemkreis Mobbing.

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Ich weiß, dass Frau Frotscher-Hoof diesen Vorwurf erhoben hat. Die Vorgänge ... Also, Frau Frotscher-Hoof hat ja da offensichtlich auch gesammelt und hat entsprechende Vorgänge an Herrn Dr. Günther weitergeleitet. Diese Handakte, sage ich mal, von Frau Frotscher-Hoof, liegt, glaube ich, auch dem PUA vor.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich will aber jetzt eigentlich wissen, was Sie wissen.

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Ja, ich weiß nur, dass die beiden offensichtlich ein sehr belastetes Arbeitsklima und ein sehr belastetes Arbeitsverhältnis miteinander hatten. Wie sich das im Einzelnen konkretisiert, danach müssen Sie Frau Frotscher-Hoof fragen. Genau bin ich da nicht involviert.

Holger Ellerbrock (FDP): Aber ich sage einmal, ich habe auch ein belastetes Arbeitsverhältnis zu Frau Höhn gehabt, aber ich bin nie gemobbt worden.

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Ja, ja. Diese Mobbingvorwürfe kamen ja auch relativ spät. Wenn wir früher davon gehört hätten, dass eine Mitarbeiterin so diskreditiert worden wäre, hätten wir wahrscheinlich schon viel früher...

Holger Ellerbrock (FDP): Was ist denn diskreditiert? Was ist denn da gelaufen?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Nein, ich sage nur, wenn wir davon gehört hätten. Ich weiß jetzt nur vom Hörensagen, dass Frau Frotscher-Hoof mit Herrn Friedrich offensichtlich überhaupt nicht zurechtkam.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich bin auch mit der Frau Höhn nicht zurechtgekommen.

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Ja, gut. - Was da im Einzelnen vorgegangen ist, weiß ich nicht.

Holger Ellerbrock (FDP): Kann das denn aber einen Zusammenhang haben mit der Frage, die mein verehrter Kollege Rimmel gerade gestellt hat, als er gesagt hat, wenn jemand mit einem besonders erleichterten Weg eine Stelle bekommt, dann hätte er sich eigentlich sofort offenbaren müssen? Ihrer Erfahrung nach bei solchen Sachen kann es auch sein, dass eine späte Reue kommt und man sich später dann dazu bekennt, dass das nicht so ganz koscher war, dass das vielleicht etwas mit dem Mobbing zu tun hat, dass man sagt, der Druck ist jetzt weg, ich kann mich jetzt offenbaren. Kann das so sein?

(Zuruf: Du würdest doch die Frage genauso stellen! Das wissen wir doch! - Gegenrufe)

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Es kann natürlich so sein.

(Vereinzelt Heiterkeit)

**Holger Ellerbrock (FDP):** Das möchte ich gerne wissen. Das liegt vielleicht nahe.

Dann ist jetzt noch einmal festzustellen ... Diese MAPRO-Sache, gehen wir da einmal weiter. Da ist vom Kollegen Rimmel eben, sicherlich unbeabsichtigt, der Eindruck erweckt worden, dass die Vergabe von MAPRO im Einvernehmen mit dem Staatssekretär erfolgt sei.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Das ist Aktenlage!)

- Ja. Ich lese die Akte auch; aber ich lese immer noch eine Seite weiter, denn da steht, dass der Staatssekretär in seiner Vernehmung deutlich gemacht hat, dass er sich getäuscht gefühlt hat, weil die ganzen Nichtmitzeichnungen und die Bedenken von Spillecke und Odenkirchen ihm nicht zugetragen worden wären und dass der Herr Abteilungsleiter Friedrich solche Situationen überfallartig dann ausgenutzt hat, um schnell mal noch eine Mitzeichnung zu bekommen. Das ist JM 3, Seite 1390/91. Deswegen muss man dem entgegenreten. Das kann nicht so sein. Entspricht das auch Ihrer Wahrnehmung, dass diese MAPRO-Vergabe aufgrund Ihrer Kenntnisse so einen Hintergrund hatte, oder waren Sie damit nicht befasst?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Damit war ich nicht befasst. (akustisch unverständlich)

**Holger Ellerbrock (FDP):** Okay, das will ich ja nur wissen. - Es könnte der Eindruck auftreten, dass diese Prüfung Frankreich-Urlaub von dem ... Da standen ja einmal Vorwürfe im Raum, dass der Dr. Friedrich besondere Vergünstigungen anlässlich eines Frankreich-Urlaubs erfahren hätte. Das ist auf Ihren Schreibtisch gekommen. Ist es üblich, dass ein Abteilungsleiter eines Ministeriums und Dienstvorgesetzter von mehr als 400 Personen eine Einzelfallsachbearbeitung übernimmt und dem Einzelfall direkt nachgeht, oder ist es üblich, dass man das in das zuständige Referat gibt und der Referatsleiter entscheidet, wer das im Referat bearbeitet? Wie ist das in so einem Ministerium üblich? Könnten Sie das einmal darstellen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich hatte ja versucht, es darzustellen. Ich hatte gesagt ...

**Holger Ellerbrock (FDP):** Ich hatte das nicht ganz verstanden, oder ich hatte den Eindruck, dass Kollegen das nicht so ganz verstanden hatten.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Solche Eingaben werden natürlich an das zuständige Referat weitergeleitet. Der Vorgesetzte, sprich: ein Abteilungsleiter, prüft die Einzelfälle in keinem Fall. Ich habe auch ansonsten nirgends geprüft, ob irgendwelche Vor-

haltungen bzw. irgendwelche Sachverhalte irgendwelche deliktischen oder sonstigen Charaktereigenschaften aufweisen, sondern das prüft das zuständige Referat.

Des Weiteren habe ich darauf hingewiesen, dass seinerzeit, just also zu Beginn dieser Tätigkeit, andere Schwerpunkte meine Arbeit letztendlich prägten. Von daher gesehen musste man diesen Beschuldigungen nachgehen; aber das hat das zuständige Referat dann auch gemacht.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Meine Wahrnehmung Ihrer Aussage ist also richtig, dass ein Abteilungsleiter eines Ministeriums selten Reisekosten im Detail prüft und selten eingehende Vermerke und Vorwürfe im Einzelfall intensiv prüft. Das ist also richtig, dass das nicht die Aufgabe des Abteilungsleiters ist?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Es ist nicht nur selten, es passiert gar nicht.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Gut. - Dann sind die Kölner Abfalltage angesprochen worden. Die Kölner Abfalltage sind ja eine Veranstaltung, die regelmäßig stattfindet und an der Kollegen aus den Bundesministerien, Landesministerien, Abfallrechtler usw. teilgenommen hatten. Wo waren denn da die Schwierigkeiten mit Friedrich und Kölner Abfalltage? Das erschließt sich mir nicht.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Das hat sich mir ja auch nicht erschlossen, weil ich diese Sache nur vom Hörensagen kenne und gemutmaßt habe, dass hier ein Kontext zu der Nichtanzeige von irgendwelchen Nebentätigkeiten hergestellt werden sollte. Also, wie sich das mit den Kölner Abfalltagen im Einzelnen verhält, ...

**Holger Ellerbrock (FDP):** Entschuldigung, ich habe die Frage nicht präzise genug gestellt. Wenn ein Bediensteter Ihres Hauses zu einer Veranstaltung fahren will, die einen bundesweiten Ruf hat und zu der auch eine Aufwandsentschädigung gewährt wird, wie läuft das normalerweise ab? Der macht also einen Dienstreiseantrag, da schreibt er rein, ich kriege soundso viel Geld. Wie läuft so was ab?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Das hängt davon ab, wer einen solchen Antrag stellt. Hier war es ja ein Abteilungsleiter. Das heißt also, er hätte eine Dienstreisegenehmigung bei dem nächsten Vorgesetzten, sprich: dem Staatssekretär, einholen müssen.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Wie ist das, wenn da Geld fließt?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Wenn da Geld fließt?

**Holger Ellerbrock (FDP):** Ja.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Dann haben wir eine Nebentätigkeitsverordnung, und im Rahmen dieser Nebentätigkeitsverordnung muss festgestellt werden, ob das eine anzeigenschuldige Nebentätigkeit oder eine genehmigungspflichtige Nebentätigkeit ist. Das ist aber ein Sachverhalt, der isoliert geprüft wird. Das heißt, dann kommt das zuständige Personalreferat und überprüft: Welche Sach- und Rechtslage haben wir denn? Entsprechend wird eben die Nebentätigkeitsgenehmigung erteilt, oder die Nebentätigkeit wird zur Kenntnis genommen, oder sie wird abgelehnt.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Gut, das habe ich jetzt verstanden. Aber so wird doch jeder Bedienstete beurteilt, oder gibt es da Unterschiede?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Es gibt keine Unterschiede; das ist die betriebliche Übung.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Das ist Business as usual, das wird so regelmäßig durchgeführt?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Gut, dann weiß man das schon einmal.

Können Sie mir nicht mal erzählen, wie die Lagebesprechung abgeht? Gibt es eine Lagebesprechung zu „PFT - Obere Ruhr“, Lagebesprechung „PFT - Untere Ruhr“, Lagebesprechung „Friedrich - Reisekosten“, Lagebesprechung „Friedrich - Mobbing“, „Friedrich - MAPRO“ usw., oder wie läuft das ab? Oder fasst man das zusammen, Sie werden zu einer Lagebesprechung mit den Abteilungsleitern eingeladen, und dann wird der Katalog durchgegangen? Wie läuft so was ab?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Wie läuft so etwas ab? Also, eine ganz normale Besprechung: Da sitzen mehrere Leute zusammen und ...

**Holger Ellerbrock (FDP):** Wer ist „mehrere Leute“? Das sind Abteilungsleiter normalerweise?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, das ist das Ministerbüro. Meinen Sie jetzt die Lagebesprechungen oder die Abteilungsleitersitzungen?

**Holger Ellerbrock (FDP):** Nein, die Lagebesprechungen. Eben hatte der Kollege Rimmel eine Lagebesprechung klar zitiert. Was ist, damit man sich da mal eine Vorstellung machen kann, eine Lagebesprechung?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, im Rahmen einer Lagebesprechung unterhält sich der Minister mit seinen nächsten Angehörigen, Mitarbeitern

(Holger Ellerbrock [FDP]: Mit seiner Frau, das macht er nicht im Ministerium!)

-ja, gut - über die aktuellen Probleme, die das Ministerium hat.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Nur immer ein Thema, oder ist das ganze Schock von Themen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Es ist ein ganzer Katalog, ein ganzer Strauß von Themen.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Es kann also durchaus sein, dass die Problemkreise PFT mit Problemkreisen Abgrabungen, mit Problemkreisen Naturschutz, mit Problemkreisen Wasserwirtschaft, mit Problemkreisen Haushalt in einer Besprechung mal durchgegangen werden?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Genau. Es werden alle Probleme, die den Minister unmittelbar tangieren, angesprochen. Das ist ein ganzer Strauß von Themen, der da besprochen wird. Das geht also los, was weiß ich, dass man kurz reflektiert, was in der „Welt am Sonntag“ gestanden hat oder was der „WDR“ am letzten Samstag oder Sonntag gesendet hat. Das sind also zwanglose Gespräche, zu denen man da zusammenkommt. Aber, wie gesagt, der Themenkatalog ...

(Zuruf von der SPD: Zwanglos?)

- Ja, in denen über die Situation reflektiert wird.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Was ist der Unterschied zwischen Lagebesprechung und Abteilungsleiterbesprechung?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Im Grunde genommen ist der Teilnehmerkreis unterschiedlich. In einer Abteilungsleitersitzung sitzen alle Abteilungsleiter und die Vorsitzenden der nachgeordneten Behörden zusammen.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Wie ist das denn bei der Lagebesprechung? Ich frage danach, weil der Kollege Rimmel so nachgefragt und gesagt hat, das muss etwas ganz Besonderes gewesen sein, wenn da PFT und das und das und das war. Jetzt haben wir also festgestellt, dass auch bei Lagebesprechungen ein ganzer Strauß von Problemkreisen besprochen wird. Findet die Lagebesprechung einmal im Jahr, einmal im Monat statt, oder wie läuft so was?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Die Lagebesprechung haben wir wöchentlich.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Wöchentlich.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Es ist auch üblich, dass zu dieser Lagebesprechung ad hoc Experten hinzugezogen werden aus dem Haus, weil diese oder jene Frage nicht definitiv innerhalb dieses Teilnehmerkreises beantwortet werden kann. Von daher gesehen ist das also kein Closed Shop in dem Sinne, sondern ein offenes Gesprächsforum.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Ist die Wahrnehmung richtig, dass eine Lagebesprechung öfter einberufen wird, in der unterschiedliche Problemkreise besprochen werden, bei der mehrere Leute da sind, die nicht unbedingt ursächlich mit allen Themen zu tun haben?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Dann habe ich es richtig verstanden. - Dann haben Sie gesagt, es war ein ständiger Kontakt zwischen Dr. Günther und dem LKA. Was heißt das denn „ständiger Kontakt“? Heißt das, Dr. Günther ruft wöchentlich, täglich beim LKA an, oder reagiert er auf Rückfragen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** „Ständiger Kontakt“ heißt, dass er auf Rückfragen des LKA oder der Staatsanwaltschaft antwortet oder, sofern irgendwelche Probleme zu erörtern sind, auch von sich aus mal den Telefonhörer aufnimmt oder eine E-Mail schreibt. Das heißt also nicht, dass man einen gewissen geordneten Ablauf, der stur nach gewissen Schemata abläuft, initiiert, sondern das sind Geschichten, die sich ad hoc ergeben.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Das steht ja im Zusammenhang mit der Frage, dass Beförderungsprobleme an die Staatsanwaltschaft weitergegeben worden sind. Das steht ja hier im Räume. Fragt die Staatsanwaltschaft da nach: Was war mit der Beförderung Delpino, weil das in dem Schreiben vom 17.06. mal aufgetaucht ist? Oder geht Herr Dr. Günther hin und sagt: „Ich habe da noch etwas in der Ecke gefunden, das könnte für Sie auch noch interessant sein“?

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Ja, genau!)

- Das ist gemein; ich habe bei dir auch nicht gelacht. Jetzt mach ein ernstes Gesicht!

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Diese Frage ist eben schon mal aufgetaucht. Es stellte sich ja die Frage, ob das ein Einstellungsbetrug hätte sein können. Wer nun diese Frage angeschnitten hat, ob das Dr. Günther war oder ob die StA die Initiative ergriffen hat oder wer auch immer, weiß ich jetzt nicht. Jedenfalls ist darüber diskutiert worden, und dann hat die Staatsanwaltschaft nach meinem Kenntnisstand auch hier die entsprechenden Recherchen angestellt und geprüft, ob es ein Einstellungsbetrug war oder nicht. Das wäre eine Straftat gewesen. Sie kam allerdings zu dem Ergebnis, dass ein solcher Einstellungsbetrug ...

**Holger Ellerbrock (FDP):** Ein bisschen lauter! Ich habe das nicht verstanden. Die Staatsanwaltschaft prüft, und zu welchem Ergebnis ist sie gekommen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Sie ist zu dem Ergebnis gekommen, dass der Einstellungsbetrag nicht bejaht werden konnte, weil die entsprechenden tatbestandsmäßigen Voraussetzungen für einen Betrug nicht vorlagen.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Und dieser Beurteilung hat sich das Haus dann angeschlossen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, das war eine strafrechtliche Bewertung. Wir sind keine Strafrechtler. Wir haben die Entscheidung der Staatsanwaltschaft zur Kenntnis genommen und akzeptiert.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Oh, danke.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Als Nächster ist Herr Körfges dran.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Ich will noch mal - das ist eigentlich nur eine kurze Nachfrage auf Ihre Einlassung - direkt fragen, ob ich es richtig verstanden habe: Sie haben Rückforderungsansprüche im Zusammenhang mit MAPRO in eigener Verantwortung geprüft. Habe ich das richtig mitbekommen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Wir haben Rückforderungsansprüche geprüft, und zwar haben wir 2008, nachdem Herr Dr. Friedrich verhaftet worden ist, überlegt, ob die Verträge, die abgeschlossen worden sind, rechtswirksam zustande gekommen sind oder ob sie gegebenenfalls dadurch, dass unter Umständen strafbare Handlungen begangen worden sind, nichtig gewesen sind. Das heißt, wenn sie nichtig gewesen wären, dann hätte man gegenüber den Universitäten und den Instituten ein Rückforderungsbegehren gehabt. Das haben wir geprüft.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Haben Sie in dem Zusammenhang der Prüfung von möglichen Rückforderungen auch geprüft, ob der arbeitsgerichtlich mit Dr. Friedrich geschlossene Vergleich gegebenenfalls dann auch der Grundlage entbehrt, wenn Sie Rückforderungen prüfen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Ich darf Ihnen - vielleicht wird es dann klarer - eine gemeinsame Pressemitteilung von Umweltministerium und Herrn Dr. Harald Friedrich vorhalten; das ist Band 73 Justizministerium, Seite 41. Dann hat Herr Dr. Friedrich nach dem Arbeitsgerichtsverfahren 75.000 € an Abfindung bekommen. Ich zitiere wörtlich:

In diesem Zusammenhang hat das Land Nordrhein-Westfalen festgestellt, dass eine verbindliche Regelung über die Vergabe sogenannter Inhousegeschäfte im für das Projekt MAPRO maßgeblichen Vergabezeitraum 2005 im Ministerium noch nicht bestand und deshalb Herrn Dr. Harald Friedrich ein Verstoß gegen ministeriumsinterne Vergaberegeln nicht vorzuwerfen ist. Herr Dr. Friedrich begrüßt die Einigung. Diese lässt aus seiner Sicht und aus Sicht des Umweltministeriums keinen Spielraum mehr für politische Spekulationen im Zusammenhang mit der Beendigung des Dienstverhältnisses zu.

Es hat damals also vor dem Hintergrund auch und gerade der MAPRO-Vorwürfe einen Vergleich gegeben vor dem Arbeitsgericht; Herr Dr. Friedrich kriegt 75.000 €. Das Umweltministerium und Friedrich machen eine gemeinsame Presseerklärung, dass die Vergabe zumindest zum damaligen Zeitpunkt nicht zu beanstanden gewesen sei. Jetzt frage ich mich ernsthaft: Entweder haben Sie das bei der Prüfung, die Sie jetzt, ich sage mal, nach der ganzen strafrechtlichen Eskalation vorgenommen haben, nicht zugrunde gelegt, oder Sie hätten es mit prüfen müssen. Das war doch der gleiche Formenkreis. Da ging es um die Frage: Wie ist mit den Vergaben umgegangen worden? Haben Sie da diesen Hintergrund gar nicht besessen? Wenn ich für einen Mandanten prüfe, ob Rückforderungsansprüche bestehen, dann nehme ich mir doch als Erstes eine arbeitsgerichtliche Einigung und sage: Oh Gott, die entbehrt dann doch jeglicher Grundlage, die ist sowohl sachlich als auch materiell für uns nachteilig, also kassieren wir das ein. Haben Sie das nicht geprüft?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** 2008 haben wir ein Rechtsanwaltsbüro beauftragt zu prüfen, welche zivilrechtlichen Rückerstattungsansprüche wir gegenüber den Universitäten und den Instituten hätten. Wir haben in diesem Zusammenhang auch geprüft, ob wir gegebenenfalls Ansprüche gegen Herrn Dr. Friedrich haben. Das ist ja dann auch in den entsprechenden Unterlagen, sprich: in dem Gutachten, das Freshfields erstellt hat, dokumentiert worden. Wir haben sehr schnell feststellen müssen, dass wir gegenüber Herrn Dr. Friedrich keine Ansprüche haben, und zwar schon deswegen nicht, weil die arbeitsgerichtliche Vereinbarung ihre Wirksamkeit voll und ganz entfaltet. Das heißt also, selbst wenn sie sie nicht entfaltet hätte, hätte es da unter Umständen Verjährungseinreden gegeben.

Sie wissen, dass arbeitsvertragliche Ansprüche innerhalb eines halben Jahres verjähren. Wie gesagt, wir waren im Jahre 2008. Von daher gesehen sind wir dieser Fragestellung gar nicht mehr weiter nachgegangen, sondern wir sind der Frage nachgegangen, ob es Schadenersatzansprüche oder Rückforderungsansprüche gegen diese Universitäten gibt, weil ja unter Umständen das Verpflichtungsgeschäft rechtsunwirksam zustande gekommen ist, wenn verschiedene Voraussetzungen vorgelegen hätten. Voraussetzung - das hat uns der Gutachter aufgeschrieben - für ein solches Rückforderungsverlangen wäre gewesen: erstens, dass zwischen den Parteien ein kollusives Zusammenwirken vorgelegen hätte, und zweitens, dass die Abwasserabgabemittel rechtswidrig oder zweckwidrig verwandt worden wären. Beides konnte nicht festgestellt werden. Infolgedessen sind auch keine Ansprüche geltend gemacht worden.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Alles klar, danke.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Als Nächster ist Herr Kollege Schmitz dran.

**Wolfgang Schmitz (CDU):** Schönen Dank. - Herr Henrich, zunächst eine Frage, die sich auf die Akten bezieht, die Herr Kollege Remmel eben nachgefragt hat. Welche Akten haben Sie denn da gesehen? Waren das die Originalakten, oder waren das Kopien, die das MUNLV von den Originalakten etwa gezogen hat? Können Sie sich daran erinnern?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Das sind Kopien gewesen. Wir haben also Retentakten erstellt; diese Retentakten sind im Besitz des Ministeriums. Die wollte ich mir angucken. Aber, wie gesagt, von der Fülle der Seiten bin ich dann erschlagen worden und habe es sein lassen.

**Wolfgang Schmitz (CDU):** Noch eine Frage - dann bin ich eigentlich damit durch -: Ich hatte Ihnen ja eben das mit dem Korruptionsbekämpfungsgesetz zitiert. Darin steht nicht umsonst, dass das dem Landeskriminalamt anzuzeigen ist. Das heißt, offensichtlich geht das Gesetz davon aus, dass da die Spezialisten sitzen, die das beurteilen können. Kann es sein - Sie haben ja eben gesagt, mit den Vorwürfen hatten Sie weiter nichts zu tun; das ging alles über Dr. Günther -, dass das bei Ihnen praktisch eine Erinnerungslücke insoweit bewirkt, dass Sie das innerlich abgehakt haben, alles, was mit diesen Vorgängen zu tun hatte, ging an Dr. Günther, und damit nichts mehr zu tun hatten, sodass Sie jetzt auch Schwierigkeiten haben und viele Fragen nicht beantworten können?

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Blackout sozusagen!)

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Das ist kein Blackout, sondern ...

**Wolfgang Schmitz (CDU):** Kein Blackout, sondern das hat man ja häufig, wenn ein Zeuge sich mit etwas anderem beschäftigt, dass er praktisch sagt: Das habe ich innerlich abgehakt und denke nicht mehr daran. Kann das ein Grund sein?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Natürlich ist das ein Grund. Ich war grob informiert - das habe ich ja gesagt -, und das hat mir ausgereicht. Ich wollte also dieses Konstrukt nicht infrage stellen, das ich vorgefunden habe, nämlich dass Herr Dr. Günther unmittelbar mit Herrn Dr. Schink zusammenarbeitet.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Im Augenblick habe ich Herrn Kollegen Remmel als Letzten auf der Frageliste. - Dann kommt Herr Ellerbrock noch mal.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Ich würde gerne noch mal ein paar konkrete Fragen stellen. Erstens. Sind Sie über den Besuch des LKA vom 13. Juli im MUNLV informiert worden? Wussten Sie von diesem Besuch, 13. Juli 2006?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ich wusste, dass das LKA da war.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Vorher oder nachher?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Nein, nachher.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Sie sind also nach dem Besuch des LKA darüber informiert worden, dass das LKA ins Haus kommt?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ja, ich wusste, dass das LKA im Haus war.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Im Nachgang, nicht vorher?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ja.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Okay. - Wann haben Sie zum ersten Mal davon erfahren, dass strafrechtlich ermittelt wird?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Das weiß ich nicht. Ich ging davon aus, dass das LKA im Haus war, um sich zu informieren. Ich wusste, dass das MUNLV dann eine erste Strafanzeige gestellt hatte wegen der Unterschlagung der...

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Über die Strafanzeige des MUNLV waren Sie informiert?

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ja.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Sie haben eben gesagt, Sie haben keinerlei Termin mit dem LKA gehabt.

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Ja.

Johannes **Rommel (GRÜNE)**: Deshalb frage ich Sie noch einmal konkret etwas allgemeiner: Hatten Sie Kontakt mit LKA und Staatsanwaltschaft? Kontakt schließt alle Möglichkeiten ein.

**Zeuge** Hans-Jürgen Henrich: Weder schriftlich noch mündlich.

**Johannes Rimmel (GRÜNE):** Noch Telefonat, was weiß ich, irgendetwas?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein.

**Johannes Rimmel (GRÜNE):** Keinen Kontakt mit Staatsanwaltschaft und LKA. - Wir haben eben schon mal über die Lagebesprechungen, die in unterschiedlicher Zusammensetzung stattgefunden haben, gesprochen. Aus Ihrer Erinnerung: Wie viele Male - über den Daumen: zwei-, drei-, fünf-, zehnmal - war die Causa Friedrich Gegenstand der Lagebesprechung?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Das weiß ich nicht mehr.

**Johannes Rimmel (GRÜNE):** Zweimal, zehnmal? Über den Daumen.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Wie gesagt, wir treffen uns wöchentlich. Das mag sein, dass einmal intensiver darüber gesprochen worden ist, das andere Mal überhaupt nicht. Das kann ich nicht quantifizieren.

**Johannes Rimmel (GRÜNE):** Mehr als zehnmal?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich weiß es nicht.

**Johannes Rimmel (GRÜNE):** Aus Ihrer Erinnerung müssen Sie doch wissen, war das ständiges Thema, die Causa Friedrich, die Ermittlungsverfahren, war das nur alle vier Wochen ein Thema? Die Lagebesprechungen finden ja offensichtlich häufiger statt.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Die finden häufiger statt, fallen aber auch aus. Aber, wie gesagt, wir haben darüber gesprochen. Aber wie oft, keine Ahnung.

**Johannes Rimmel (GRÜNE):** Aber mehrfach?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, ...

**Johannes Rimmel (GRÜNE):** Bitte?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Das kann sein. Ja, des Öfteren.

**Johannes Rimmel (GRÜNE):** Sie waren ja dabei. Deshalb müssen Sie es ja wissen.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, des Öfteren. Aber, wie gesagt, es gibt andere Probleme als die Causa Friedrich. Irgendwann war ja auch mal Schluss, dann war der Prozess zu Ende und, und, und.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Gut. - Gibt es denn über die Lagebesprechungen Vermerke oder Protokolle?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Es gibt keine Vermerke oder Protokolle.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Aus Lagebesprechungen werden keine Protokoll gemacht?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Gibt es denn Protokolle über Abteilungsleiterbesprechungen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** War die Causa Friedrich auch Gegenstand von Abteilungsleiterbesprechungen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein, soviel ich weiß, nicht. Soviel ich weiß, hat der Herr Staatssekretär dann irgendwann - wann, weiß ich auch nicht mehr - die Abteilungen oder die Abteilungsleiter über diese Kündigung informiert. Aber wann das war und wie das über die Bühne gegangen ist, weiß ich nicht mehr.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Wer war denn an den Lagebesprechungen, in denen es um die Causa Friedrich gegangen ist, möglicherweise außer Ihnen noch beteiligt? Herr Dr. Günther, zumindest an einem Termin. An welche weiteren Personen können Sie sich erinnern?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich weiß es nicht. Das ist wechselnd. Der Minister war dabei; der Staatssekretär war dabei.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Wen könnte man potenziell befragen? Dann frage ich einmal so.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Bitte?

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Wen könnte man befragen? Es ist ja interessant, was in den Lagebesprechungen zur Causa Friedrich eine Rolle gespielt hat. Wen könnte man aus Ihrer Sicht befragen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Den Staatssekretär können Sie befragen.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Der war dabei; davon gehe ich aus. Aber wer außer Ihnen? Dr. Günther?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, Sie könnten ... Ich weiß jetzt nicht, ob jemand aus dem Ministerbüro mit dabei war oder nicht. Normalerweise sind die dabei, aber ...

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ministerbüro?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Okay. Der Persönliche, der Leifer des Ministerbüros?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** In der Regel der Leifer des Ministerbüros?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein, nicht in der Regel. Das wechselt auch, je nachdem, ob jemand da ist, präsent ist, oder nicht präsent ist. Das wechselt.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Pressesprecher?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Der ist auch nicht immer dabei.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Aber schon mal?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Schon mal, ja.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Den könnte man auch befragen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Gut. - Dann würde ich gern noch auf einen Umstand zu sprechen kommen, den wir gefunden haben - Sie können das nicht wissen - in JM 122, Seite 4 ff. Da geht es um den Abschluss des Arbeitsgerichtsverfahrens, und hier wird ein Vermerk zitiert, handschriftlich notiert von Staatsanwalt Kreuels: Das

MUNLV unterstützt jedoch nach wie vor die strafrechtlichen Ermittlungen gegen den Beschuldigten.

Also, Arbeitsgerichtsverfahren ist abgeschlossen, Staatsanwalt notiert: MUNLV unterstützt jedoch nach wie vor die strafrechtlichen Ermittlungen gegen den Beschuldigten.

Ein ähnliches Zitat - dazu habe ich allerdings jetzt den Beleg nicht vorliegen - findet sich in den Ermittlungsakten und war schon einmal Gegenstand von Ausschusssitzungen. Da gibt es ein Telefonat zwischen Herrn Lech und Herrn Günther und anschließend auch einen Vermerk darüber, in dem Herr Lech niederschreibt, dass das MUNLV nach Telefonat mit Herrn Günther nach wie vor nach Abschluss des Arbeitsgerichtsverfahrens die strafrechtlichen Ermittlungen unterstützt.

Also, zweimal Belege aus den Akten, dass das MUNLV nach dem Abschluss des Arbeitsgerichtsverfahrens die strafrechtlichen Ermittlungen unterstützt. Wussten Sie von dieser Unterstützung?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Herr Remmel, Sie haben doch eingangs selbst gesagt, dass ich das nicht wissen könnte.

Johannes **Remmel (GRÜNE):** Warum? Sie waren Abteilungsleiter.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, aber ich weiß doch nicht, was ein Oberstaatsanwalt in seine Akten schreibt.

Johannes **Remmel (GRÜNE):** Nein, aber das muss sich ja auf irgendeine Auskunft des MUNLV berufen. Wenn Herr Günther beispielsweise gegenüber der Staatsanwaltschaft und dem LKA nach Abschluss des Arbeitsgerichtsverfahrens weiter die volle Unterstützung des MUNLV signalisiert, dann müssten Sie als Abteilungsleiter doch zumindest in diese Unterstützung mit einbezogen sein. Sie müssten doch davon wissen. Um anders zu fragen: Hat es ein Gespräch zwischen Ihnen und Herrn Günther gegeben, in dem es um die Frage „Sollen wir nach Abschluss des Arbeitsgerichtsverfahrens die strafrechtlichen Ermittlungen weiter unterstützen?“ ging? Ja oder Nein?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Das kann ich nicht mit Ja oder Nein beantworten. Ich kann mich an so ein Gespräch nicht erinnern. Allerdings sind wir aufgrund des Amtshilfegrundsatzes gehalten, die StA so weit wie möglich zu unterstützen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Was heißt „gehalten“? Sie müssen!)

- Ja, wenn die uns fragt, müssen wir antworten, müssen wir die entsprechenden ...

Johannes **Remmel (GRÜNE):** Die Frage ist ja, ob Sie jenseits von Fragestellungen auch eigene Initiativen zur Unterstützung der Staatsanwaltschaft weiter vorangetrieben haben.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ich weiß, Sie wollen darauf hinaus, dass wir die StA befeuert haben. Das haben wir nicht gemacht.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Da ist Ihnen auch kein Vorgang bekannt, der von Ihrem Haus sozusagen ohne Anforderung des LKA weitergegeben worden ist?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Genau, mir ist das nicht bekannt.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ihnen ist das nicht bekannt?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ausschließlich Sache von Herrn Staatssekretär und Herrn Dr. Günther?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Okay. - Dann komme ich auf einen aus meiner Sicht letzten Vorgang zurück. Herr Ellerbrock hat eben selber eingeführt, dass er ans Ministerium geschrieben hat. Welche Schreiben von Herrn Ellerbrock ans Ministerium sind Ihnen denn im Zusammenhang mit der Causa Friedrich bekannt?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Kein einziges.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Kein einziges?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ein Schreiben vom 23.10.2006 geht nach unseren Unterlagen über Ihren Schreibtisch.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Mag sein.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Kennen Sie nicht?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Nein.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ein Schreiben vom 29. Juni 2006, in dem es um - zum damaligen Zeitpunkt gab es noch kein Ermittlungsverfahren - die Entlassung ging und Herr Ellerbrock ein paar Hinweise gegeben hat, wo man denn sonst noch nachgucken könnte, ist ihnen auch nicht bekannt?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Wenn Sie mir vorhalten, ich hätte da eine Paraphe draufgemacht - ich glaube es Ihnen ja -, mag das sein. Mag sein; aber ich kann mich nicht mehr daran erinnern.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sie können sich nicht erinnern. Gut, vielen Dank.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank, Herr Remmel. - Als Nächsten und bislang Letzten habe ich Herrn Ellerbrock auf meiner Liste stehen.

Holger Ellerbrock (FDP): Mir geht die Nachfrage meines verehrten Kollegen Remmel nicht aus dem Kopf, Lagebesprechung „Causa Friedrich“. Ich glaube, deswegen will ich noch mal nachfragen. Ich kann mir vorstellen, dass die Causa Friedrich in dieser Hoch-Zeit eine Standardfrage war und sowohl bei der Abteilungsleiterbesprechung als auch bei der Lagebesprechung immer gefragt wurde: Gibt es da was Neues? Also wäre das ja in Ihrem Sinne, Herr Remmel, eine Behandlung der Causa Remmel. Dann wäre es für mich eine völlig natürliche Sache, dass in dieser... Denn es ist ja, glaube ich, nicht üblich im Hause, dass Abteilungsleiter entlassen werden. Wenn das richtig ist, ist das etwas Besonderes, und dann fragt man nach. Deswegen noch einmal die Frage: Vor dem Hintergrund, dass das etwas Besonderes war, können Sie sich vorstellen, dass die Standardfrage war: „Gibt es da eine neue Entwicklung?“ Wenn Sie an solchen Lagebesprechungen oder Abteilungsleiterbesprechungen teilgenommen haben, war das eine der Standardfragen in der Hoch-Zeit, dass man fragte: „Gibt es denn da etwas Neues?“

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Natürlich haben wir uns über die neuesten Entwicklungen unterhalten. Wenn ein Prozess dann endgültig zum Abschluss gebracht worden ist, war das natürlich eine Nachricht wert.

Holger Ellerbrock (FDP): Also ist es doch richtig, wenn man auf die Frage des Kollegen Remmel, ob es Nachfragen zur Causa Friedrich gab, sagt: Das war häufig der Fall. Man kann das jetzt nicht so genau sagen. Aber in der Hoch-Zeit ist das doch häufig der Fall oder selbstverständlich gewesen, weil es eine Standardfrage ist.

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Häufig schon, aber er fragte ja, wie oft und wie viel.

Holger Ellerbrock (FDP): Ja, das ist ja in Ordnung. Deswegen frage ich noch mal nach. Ich habe so eine Ahnung, warum Kollege Remmel da nachfragt. Haben Sie bei der Amtshilfe, die zu gewähren ist, einen eigenen Ermessensspielraum, wenn die Staatsanwaltschaft ermittelt, ob Sie sagen: „Wir machen da Amtshilfe intensiv, oder lasst das mal liegen!“? Wie geht so etwas vor sich? Oder sind Sie da gezwungen, dem Wunsch der Staatsanwaltschaft nach umfassender Aufklärung nachzukommen? Müssen Sie das umfassend machen, oder beantworten Sie nur ganz zielgerichtet eine Frage, interpretieren Sie, um möglichst wenig zu nehmen, oder wie machen Sie das, wenn eine Behörde die andere anschreibt: „Wir haben dieses Problem, gib mir

deinen Erkenntnisstand zu diesem Problemkreis wieder!"? Wie läuft das ab? Müssen Sie dann alles auf den Tisch legen, oder selektieren Sie das selbst?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Normalerweise sind wir, sofern die StA oder sonstige Behörden auf uns zukommen, gehalten

**Holger Ellerbrock (FDP):** Tun Sie mir einen Gefallen und sprechen Sie ins Mikrofon. Das ist besser.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:**... die entsprechenden Auskünfte zu erteilen.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Jetzt sagen Sie „normalerweise“. Wann sind Sie denn nicht gehalten?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, normalerweise. Es kann aber sein, dass sensible Bereiche tangiert werden, sprich: Datenschutz oder sonstige Problemfelder.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Wenn gesetzlich etwas dagegenspricht?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Genau, wenn gesetzlich etwas dagegenspricht. Das müssen wir natürlich prüfen. Sofern diese Voraussetzungen vorliegen, werden wir die Auskünfte nicht in dem Umfang und Maße geben, wie der Petent es wünscht, wenn gesetzliche Vorschriften dagegensprechen. Ansonsten sind wir ja gehalten, dieser Amtshilfeverpflichtung nachzukommen.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Was heißt „gehalten“? Sie müssen.

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Wir müssen, ja.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Ja, gut, dann sagen wir das doch so. Ich bin kein Jurist, ich will ja nur mal fragen. Also, Sie müssen?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, wir müssen.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Und wenn Sie das nicht tun, begehen Sie eine Amtspflichtverletzung?

**Zeuge Hans-Jürgen Henrich:** Ja, Dienstvergehen.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Sie müssen sich also umfänglich an der Aufklärung der Staatsanwaltschaft beteiligen?

Zeuge Hans-Jürgen Henrich: Ja.

Holger Ellerbrock (FDP): Danke.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Rimmel hat sich noch einmal gemeldet.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Ich teile die Einschätzung von Herrn Ellerbrock, dass das ...

(Holger Ellerbrock [FDP]: Mach das nicht noch mal! Dann gehe ich kaputt!)

- Nein, ich teile das ja. Deswegen habe ich eben auch danach gefragt, wobei der Zeuge leider auf die Fragen unterschiedlich geantwortet hat. Es ging um die Frage, ob die Causa Friedrich auch mehrfach - üblicherweise: Was gibt es Neues? - Gegenstand der Abteilungsleiterbesprechung gewesen ist. So haben Sie das dargestellt, und der Zeuge hat das bejaht. Auf meine Frage hin wusste er es eben nicht so genau und hat es verneint. Aber er war sich dann auch unsicher.

Ich gebe hier nur zu Protokoll und bitte dann auch, entsprechend tätig zu werden: Bisher ist aus den Unterlagen, die wir vom MUNLV zugesandt bekommen, kein Protokoll einer Abteilungsleiterbesprechung ersichtlich. Ich bitte, das MUNLV anzuschreiben, uns die Abteilungsleiterprotokolle zur Verfügung zu stellen, da es offensichtlich mehrfach Gegenstand - üblicherweise, im Sinne von „Was gibt es Neues?“ - der Abteilungsleiterrunde war.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich sehe jetzt in diesem Räume keine weiteren Fragen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: War das eine Aufforderung?)

- Nein. Das war eine Aufforderung, keine Fragen mehr zu stellen. Nein. Suchen Sie es sich aus! Nein, Sie dürfen ...

(Holger Ellerbrock [FDP]: Sie machen es also verfahrensleitend so, dass die Regierungskoalition keine Fragen mehr stellen soll! Habe ich Sie richtig verstanden?)

- Nein, da haben Sie mich nicht richtig verstanden. Wer also heute noch Fragen an Herrn Henrich stellen möchte, ist herzlich eingeladen, dieses jetzt zu tun. — Ich sehe, dass heute keine Fragen mehr im Räume sind.

Herr Henrich, ich darf mich bei Ihnen bedanken, dass Sie heute gekommen sind, insbesondere auch dafür, dass Sie es möglich gemacht haben, etwas früher zu kommen, als ursprünglich vorgesehen war. Sie sind uns da sehr entgegengekommen. Herzlichen Dank.

Ihre Aussage ist protokolliert worden, Herr Henrich. Sie erhalten in den nächsten Tagen einen Vorabauszug des Protokolls. Sie haben dann 14 Tage lang Gelegenheit, Einwendungen gegen dieses Protokoll uns gegenüber vorzubringen. Sollte es dazu

kommen, würde der Ausschuss allerdings darüber entscheiden müssen, ob Ihre Einwendungen tatsächlich gerechtfertigt sind oder eine Abweichung von dem hier tatsächlich Gesagten gegeben ist. Ich darf Sie bitten, das Protokoll, das Sie als Vorabauszug bekommen, Dritten nicht zugänglich zu machen.

Nach der Beratung über das Ergebnis Ihrer Einvernahme wird der Untersuchungsausschuss darüber entscheiden, ob eine weitere, nochmalige Vernehmung Ihrer Person notwendig sein wird oder die Vernehmung heute schon beendet sein wird. Wenn wir Sie noch mal brauchen, erhalten Sie rechtzeitig von uns Bescheid. Noch einmal herzlichen Dank und einen schönen Tag!

Ich darf damit den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung schließen und Ihnen mitteilen, dass wir unsere Zeugenvernehmung am Freitag, dem 30. Oktober, um 10 Uhr mit der Vernehmung von Herrn Dr. Friedrich fortsetzen werden.

Herr Kollege Rimmel hat gerade noch einmal dazwischengerufen und gebeten, einen kleinen nichtöffentlichen Teil zu einer Verfahrensfrage zu machen.

**Johannes Rimmel (GRÜNE):** Es geht nur um die Bitte, die ich im öffentlichen Teil schon geäußert habe.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Darüber können wir in öffentlicher Sitzung nicht diskutieren. Ich bitte die Abgeordneten daher, noch einmal zwei Minuten hierzubleiben.

Herr Henrich, vielen Dank und auf Wiedersehen! - Ich bitte die Öffentlichkeit, den Saal zu verlassen.

*(siehe für den sich anschließenden nichtöffentlichen Teil  
nöAPr 14/202, S. 9 bis Ende)*

gez. Thomas Kutschaty  
Vorsitzender

27.10.2009/09.11.2009